

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Nr. 5.

Sonnabend, den 31. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtabonnentenmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Sehler Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7905.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die
Tarifverträge in Deutschland. I. — Die Tarifkündigung durch die
Striegauer Unternehmer. — Die Tarifbewegung in der Oberlausitz.
— Submissionskartell und gute Sitten. — Strafgesetz gegen Ernst.
— Ein Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. — Der Streik-
brecher vermittelt dar. — Der österreichische Steinarbeiterverband
im Jahre 1913. — Steinausschreibungen. — Korrespondenzen. —
Mündschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen.
— Verammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die Feinde des Koalitionsrechts an der Arbeit. —
Wirtschaftliche Mündschau. — Vereinfachung der Bordsteinprofile.
— Unfallgefahr in der Barthauer Steinindustrie. — Korrespondenzen.
— Literarisches. — Feuilleton: Ein Miesewerk der Ingenieurbaukunst bei Mendenburg. — 10 Grad Reaumur.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Craillsheim: Firma Buxer in Böllental
und Wallhausen. — Rütten: Firma Bergenthal. —

Demitz-Thumitz (Lausitz). Für das Oberlausitzer Gebiet
haben wegen der Tarifverneuerung bereits vier Verhandlungen
stattgefunden. Zum Endresultat nehmen die In-
dustriellen in einer Sitzung am 2. Februar Stellung.

Schwarzenbach-Niederlausitz und Umgebung. Die Schleifer
und Steinmehlen haben den Fichtelgebirgsnormaltarif ge-
kündigt.

Stettin. Die Steinmehlemeister wollen in den Tarif schikanöse
Bestimmungen hineinbringen, welche für uns unannehmbar
sind. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wiesbaden. Die Kollegen sind wegen minimaler Tarif-
forderungen von den Unternehmern ausgesperrt worden.

Schwarzenbach a. S. Die Unternehmer Gebrüder Bates,
Marktleuthen, kündigten sämtlichen Steinmehlen, weil
dieselben auf die Einführung des Fichtelgebirgs-Normal-
tarifs nicht verzichteten.

Nördlingen. Die Steinmehlen der Granitfirma Koppel &
Söhne stehen im Streik, da von Seiten der Unternehmer
sämtliche Lohnforderungen abgelehnt wurden.

Hirschberg (Schlesien). Die Firma Stahlberg ist bis auf
weiteres gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die
Firma versucht in Oesterreich, besonders aber in Böhmen,
Steinmehlen anzuwerben.

Uue (Erzgebirge). Die Firma Hermann Weishorn,
Wuerzhammer, hat am 6. Dezember sämtliche Steinarbeiter
ausgesperrt. Ein Teil derselben ist bereits abgereist.

Sohland (Spree). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granit-
arbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das
Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.

Schweden. Gesperrt sind: Malmö: Aktiebolaget Mer-
serums Stenhuggerier und die Granitfirma Scandinavien.
— Lund: Firma Vilh. Schannang (Monumentbranche). —
Landskrona: Firma Stanska Marmoraktiebolaget. —
Sölvesborg: Svenska Granitindustriaktiebolaget.

Oesterreich-Ungarn. Gesperrt sind: Perchtoldsdorf, Krakau,
Lemberg, Bucirce, Nabresina, Süttö, Budakalász.

Carraa (Stalien). Von den Marmorsteinbruchbesitzern sind
10000 Arbeiter ausgesperrt worden.

Die Tarifverträge in Deutschland.

I.
Sveoen hat die Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlich
Statistischen Amt in einem Sonderheft die Zusammenstellung der
Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912 ver-
öffentlicht. Zum ersten Male wurden nicht nur die im Berichtsjahr
in Kraft getretenen Tarifverträge, sondern sämtliche, an
dem betreffenden Stichtage (diesmal am 31. Dezember 1912) in
Geltung befindliche Tarifverträge in Deutschland ihrem Umfange
wie Gesamthalt nach zur Darstellung gebracht.

Aber es hätte dieses glänzenden Zeugnis, womit übrigens
die wertvolle Arbeit des Statistischen Amtes in keiner Weise ver-
kleinert wird, nicht bedurft. Aus dem Werte selbst geht deutlich
genug hervor, welche reges Interesse die Arbeiterverbände an der
Anfertigung der Statistik genommen. Wurden doch von dieser Seite
für die vorliegende Bestandsstatistik über 12437 Tarifverträge als
Bestand am Ende des Jahres 1912 gemeldet, während von den
Organisationen der Unternehmer nur für 836 Tarifverträge das
Material einging.

Nach sehr eingehender Arbeit, Vergleichen, Rückfragen, Ergänzungen,
kommt das Statistische Amt zu der Feststellung, daß am 31. De-
zember 1912 12437 Tarifverträge in 208307 Betrieben mit
1990579 überhaupt beschäftigten Personen bestanden. Demnach
arbeiten in Deutschland zurzeit sicher zwei Millionen Arbeiter und
Angestellte unter tariflichen Vertragsbedingungen. Bei unbefug-
gener Würdigung dieses Ergebnisses, zusammen mit dem vor-
läufigen Resultat der Streikstatistik von 1913, wonach die Aus-
sperungen der Unternehmer die Streiks bereits über-
wiegen, muß sich einem jeden die Ueberzeugung aufdrängen,
daß die deutschen Gewerkschaften, weit davon entfernt, „Nur-
Streikvereine zu sein, vielmehr einen gewaltigen Faktor des ge-
werblichen Friedens darstellen.

Mit der Sammlung der im Deutschen Reich bestehenden Ar-
beits-Tarifverträge wurde im Jahre 1903 begonnen. Am Jahre
1905 wurde eine zweite Erhebung vorgenommen. Diese waren
naturgemäß noch unvollständig. Seit dem Jahre 1907 ist eine

regelmäßige Berichterstattung über die Tarifverträge eingerichtet,
die Erhebungsergebnisse sind vervollständigt.

Die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten sechs Jahren
wird in einer Tabelle gezeigt, aus der wir nur folgende Ziffern
hervorheben möchten: Ende 1907 waren erst 5324 Tarifverträge
vorhanden für 111050 Betriebe und 974564 Personen. Der Ver-
gleich mit den oben angeführten Ziffern von 1912 zeigt eine hoch-
erfreuliche Entwicklung. Zu den Zahlen von 1912 ist allerdings
noch zu bemerken: Beteiligt man durch Zusammenziehung zu Tarif-
gemeinschaften die mehrfachen Zählungen — für das Jahr 1912 ist
es auf das Genauere gesehen —, so wurden am 31. Dezember
1912 die Arbeitsbedingungen von 1574285 Personen in 159080
Betrieben durch 10730 Tarifgemeinschaften geregelt. Die am 31.
Dezember 1912 vorhandenen Tarifverträge nach Gewerbe-
gruppen eingeteilt, ergibt folgendes Bild: An der Spitze steht
das Baugewerbe mit 28 Prozent aller Tarife. Ihm folgen die
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 20,2 Prozent, Me-
tallerzeugung, Industrie der Maschinen usw. mit 12 Prozent,
Holzindustrie mit 11,8 Prozent. Dann geht es in weitem Abstand
bis zum Bergbau mit 0,9 Prozent. Die allgemaligen Arbeiter
sind noch die unumschränkten Gebiete über „ihre“ Arbeiter. Nach der
Zahl der beschäftigten Personen gerechnet, bleibt das Baugewerbe
an der Spitze mit 37,9 Prozent. In die zweite Stelle rückt aber
die Metallindustrie mit 12,6 Prozent, während die Nahrungsmittel-
Industrie mit 7,6 Prozent an die fünfte Stelle kommt.

Die Gruppe Steine und Erden wies Ende 1912 610
Tarifgemeinschaften auf mit 59528 Beschäftigten. Auf die Gruppe
Steine und Erden übertragen, kommen 5,7 Prozent der abgeschlos-
senen Tarife. Wir stehen mit dieser Zahl an letzter Stelle, ein
Ergebnis, welches nicht ungünstig genannt werden muß und dar-
auf zurückzuführen ist, daß speziell in der Steinindustrie das Tarif-
wesen sehr ausgedehnt ist.

Eine weitere Tabelle bringt einen Vergleich der Tarifverträge
mit der gewerblichen Berufsstatistik vom 12. Juni 1907.
Danach ist am stärksten das polygraphische Gewerbe tariflich ge-
bunden; die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Arbeiter be-
trägt in diesem Gewerbe etwa die Hälfte (50,8 Proz.) der überhaupt
beschäftigten Arbeiter. Dann folgt das Baugewerbe mit 48,8 Proz.,
die Holzindustrie mit 29,5 Prozent, Bekleidung mit 26,2 Prozent,
Leberindustrie mit 22,6 Prozent. Als Kuriosum erhebt man aus
der Tabelle, daß auch 77 im Bergbau Beschäftigte (Zerkleinerer)
„tarifmäßig gebunden“ sind. Diese Ziffer reicht aber nicht für ein
Prozent, es mußte also bei dem 0,9 Prozent verbleiben.

In der Industrie Steine und Erden sind insgesamt 8,6 Pro-
zent der Beschäftigten tariflich gebunden. Würde die Stein-
industrie allein aufgeführt sein, so wäre der
Prozentsatz ein viel höherer. Auf die Tarifabschlüsse in
der Steinindustrie kommen wir im zweiten Artikel zu sprechen.

Die Gruppierung der Tarifgemeinschaften nach der Zahl der
beteiligten Personen ergibt, daß die Hälfte aller Tarifgemeinschaften
(50 Prozent) Betriebe mit durchschnittlich bis zu zehn Personen
umfaßt. Ueber zwei Drittel (69 Prozent) gehören zu denen, welche
durchschnittlich bis zu zwanzig Personen umfassen. Die Mehr-
heit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften,
bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als zwanzig
Personen entfallen (50,3 Prozent).

Sehr wichtig für die organisierte Arbeiterkraft ist die Fest-
stellung, wie viele der unter Tarifgemeinschaften tätigen Arbeiter
organisiert sind. Leider haben für die vorliegende Statistik
eine Anzahl Verbände diese Angaben nicht korrekt machen können.
Soweit darüber Angaben vorliegen, gehören 54,1 Prozent aller
tariflich gebundenen Arbeiter den berichtenden Verbänden an.
Dieser Durchschnittsprozentsatz wechelt in den einzelnen Gewerbe-
gruppen zwischen 29,9 Prozent im Baugewerbe und 93,8 Prozent
im polygraphischen Gewerbe.

Die Angaben über die in den Tarifverträgen festgesetzte Ar-
beitszeit ist gealtert nach wöchentlich und täglicher Arbeits-
zeit, sodann geschieden nach Jahreszeiten (Sommer und Winter).
Im Sommer ist die tägliche Arbeitszeit von mehr als 9½ bis
10 Stunden verhältnismäßig am meisten vertreten. Bei 46,6 Proz.
der Tarifgemeinschaften mit 37 Prozent der Arbeiter. Im Winter ist
die unregelmäßige Arbeitszeit so stark vertreten, daß sie der zehn-
stündigen die Wage hält. Ein ähnliches Bild bietet die wöchentliche
Arbeitszeit. Für die Mehrheit (58,7 Prozent) beträgt sie über 54 bis
60 Stunden im Sommer. Im Winter ist die unterste Stufe (nur
48 Stunden) verhältnismäßig stark besetzt.

Ueber Arbeitspausen enthalten 7200 Tarifgemeinschaften (von
10730) Bestimmungen.

Die wichtigsten in den Tarifen festgesetzten Bestimmungen sind
natürlich die auf den Arbeitslohn bezüglichen. Alle durch
Tarifverträge festgesetzten Löhne bedeuten für den individuellen Ar-
beitsvertrag Mindestlöhne, d. h. der Lohn, den ein erwachsener
Arbeiter mindestens zu beziehen hat. Aus den zahlreichen Tabellen
über die Löhne sei folgendes herausgearbeitet: Bei dem gelehrten
Arbeiter ist die Stufe über 45 bis 50 Pfg. pro Stunde am meisten
besetzt (mit 34,7 Prozent aller Tarifgemeinschaften und 37 Prozent
aller beschäftigten Personen), während bei den ungelerten
Arbeitern die Stufe über 35 bis 45 Pfg. die stärkste Befestigung auf-
weist, nämlich 47 Prozent der Tarifgemeinschaften und 44,1 Prozent
seiner Arbeiter. Es beträgt danach bei der Mehrzahl der Tarifgemein-
schaften (58,9 Prozent) und aller Arbeiter (72 Prozent) der niedrigste
Mindestlohn der betreffenden Tarife für gelehrte Arbeiter über
45 Pfg., während es bei der weit überwiegenden Mehrzahl aller
Tarifgemeinschaften (74,2 Prozent) und Arbeiter (61,7 Prozent) für
die ungelerten Arbeiter 15 Pfg. und darunter beträgt. Es
sollen nun detaillierte Angaben über die Wochenlöhne, über besondere
Anlage für Kost. Kleidung, freien Frank, Provision usw. Ferner
wird über Zuschläge zu den Stundenlöhnen für Überstunden, Nacht-
arbeit, Sonntagsarbeit und sonstige Leistungen in verschiedenen
Tabellen einsehend berichtet. Wir müssen uns damit begnügen, auf
diese Angaben als eine reiche Fundgrube für Spezialbearbeitungen
hinzuweisen. Entsprechend der geringen Anwendung der Tarif-
gemeinschaften auf weibliche Arbeiter enthalten nur 997 Tarif-
gemeinschaften, welche insgesamt 16961 Betriebe und 274288
(männliche und weibliche) Personen einschließen, Bestimmungen für
weibliche Arbeiter.

Schlichtungs- und Einigungsorgane sind in 131616
Betrieben mit 1278172 Personen vorhanden. 1891 Tarifgemein-
schaften (15,7 Prozent) mit 33832 Betrieben und 230506 Personen
haben die Benennung eines Arbeitsnachweises bestimmt.
Art vorgeschrieben.

Die Tarifkündigung durch die Striegauer Unternehmer.

Im großen Granitbezirk Striegau, in dem über 2000
Arbeiter beschäftigt sind, herrscht unter den Kollegen zurzeit
eine große Bewegung. Die Unternehmer haben den Tarif
gekündigt und bieten uns eine Reihe von Verschlechterungen
an. Die Kollegen haben zu dem Vorgehen der Unternehmer
Stellung genommen, wie nachstehender Bericht bezeugt:

Am 20. Januar fand im Lokale des Herrn Sauer eine
stark besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit der
Tarifkündigung und den von den Unternehmern gemachten
Veränderungsvorschlägen beschäftigte. Der Vorsitzende, Koll.
Müller, referierte darüber in eingehender Weise. Die
Unternehmer haben den Tarif gekündigt, um „Anstimmig-
keiten“, die sich bisher aus dem Tarif ergeben haben, zu be-
seitigen. So wird ganz harmlos in dem Begleit Schreiben die
Kündigung begründet. Bei der näheren Prüfung der Unter-
nehmervorlage ergibt sich aber, daß bei 19 Positionen
ganz enorme Abzüge gemacht werden sollen. Bei einigen
Positionen, wie bei Bohrflächern, Falzen, Fasen,
sind Abzüge bis zu 50 Prozent vorgesehen. Im Durchschnitt
sind es 18 Prozent bei den Bugern und 13 Prozent bei den
Brechern. Wenn man nun berücksichtigt, daß die Reduzierun-
gen an Arbeiten vorgenommen werden sollen, die täglich vor-
kommen, so bedeutet dies eine durchschnittliche Verminderung
des Wochenverdienstes von 8—10 Prozent. Wenn die Unter-
nehmer ihre Vorlage durchdrücken könnten, so würden Akord-
preise eingeführt, wie wir sie vor 1907 noch nicht hatten.
Ferner sollen die Brecher von jetzt an die Schmiebschärfe
selbst tragen. Wenn man ihnen auch eine Rückvergütung
von 17 Pfg. pro Tag gewähren will, so bedeutet dies aber
gegenüber dem bisherigen Zustande eine bedeutende Ver-
schlechterung. Ferner will man den Ablaufstermin des
Tarifs auf den 31. Dezember verlegen und gleich bis zum
31. Dezember 1916 abschließen.

Das sind die hauptsächlichsten Positionen, neben noch vielen
andern, die unsere Arbeitgeber abgeändert wissen wollen. Die
Kollegen sind über ein derartiges Vorhaben entrüstet, wie
auch die Diskussion ein dementsprechendes Bild davon gab.
Aus den Reihen der Versammelten wurden eine ganze An-
zahl Vorschläge gemacht, die dahin zielten, die schlechten Po-
sitionen zu erhöhen. Die Vorschläge werden den Unter-
nehmern unterbreitet werden, und wünschte die Versamm-
lung, daß Unterhandlungen in die Wege geleitet werden.

Die Stimmung der Versammlung ließ erkennen, daß sich
die Arbeiterkchaft dem Ernst der Situation voll bewußt ist
und daß sie alles daran setzen wird, diese Verschlechterungen
abzuwehren. Sie wünscht, daß diese Bewegung in Frieden
erledigt wird; sie wird aber einmütig zusammenstehen, wenn
es gilt, ihre Interessen zu wahren. Es wurde noch der Kas-
senbericht gegeben, der mit einem Orts-Kassenbestande von
10503,84 Mk. abschließt.

Die Tarifbewegung in der Oberlausitz

Am 31. Dezember 1913 lief der Tarif für die Oberlausitz
ab. Die Unternehmer verlangten selbst Verhandlungen, ein
Beweis, daß auch ihnen daran gelegen war, daß eine Tarif-
erneuerung baldigt zustande kommen sollte. Die Haupt-
verhandlungen fanden in Demitz statt; es konnten für die
Buger an die 50 Verbesserungen und Neuerungen erreicht
werden. Die Demitzer Verhandlungen gestalteten sich außer-
ordentlich schwierig, denn die Steinbruchverhältnisse sind
in der dortigen Gegend sehr verschieden, so daß besonders die
Speller unter der Verschiedenheit der Gesteinslagen sehr zu
leiden haben. Bei den weiteren Verhandlungen, die dann
in Kamenz und Königsbrück stattfanden, gestaltete sich die
Sache insoweit leichter, weil die Demitzer Zuschläge für diese
Orte ohne weiteres übernommen wurden. In
diesen Orten konnten überdies für die Kleinplasterstein-
schläger noch sehr beachtenswerte Vorteile erzielt werden.
Eine einheitliche Lohnskala für die Buger, Speller und die
übrigen Arbeiter konnte nicht erzielt werden, es sind die Be-
zugsverhältnisse zu verschieden. In dieser Beziehung wird
erst nach und nach eine Ausgleichung möglich sein. Betont
ist, daß in der Lausitz meistens im Akord gearbeitet wird.
Wenn man bedenkt, daß sich die Organisationsverhältnisse
erst seit etwa vier Jahren so gebessert haben, so können wir
ohne Ueberhebung mit dem Erfolg zufrieden sein. Alle
Wünsche zu befriedigen ist niemand in der Lage, besonders
nicht bei den jetzigen Verhältnissen. Die Unternehmer neh-
men am 2. Februar zu dem Ergebnis der Verhandlungen
Stellung. In Kamenz nahmen auch die Christlichen an der
Verhandlung teil und zwar mit vier Vertretern. Unser Ver-
band ist am Tarifabschluss mit 2515 Mitgliedern interessiert,
der Keramikerverband mit etwa 30. Auf die Verhandlungen
und die erzielten Zuschläge kommen wir noch zurück, wenn
die Sitzung der Unternehmer getagt hat.

Submissionskartell und gute Sitten.

Das Reichsgericht gibt neuerdings wieder ein drastisches Bei-
spiel dafür, wie sich die Moral im Wandel der Zeiten durch die
Produktionsweise ändert. Es handelt sich um die Frage, ob eine
von den Gewerbetreibenden als „Zuschlagskartell“ bezeichnete Ver-
einbarung, nach der bei öffentlichen Verdingungen der schwebende
Teil sich verpflichtet, eine höhere Preisforderung zu stellen als der

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 5.

Sonnabend, den 31. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Die Feinde des Koalitionsrechts an der Arbeit.

Die industriellen Scharmacher, die sich seit Wochen und Monaten bemühen, die Regierung und die bürgerlichen Parteien für die Erdröselung des Koalitionsrechts scharf zu machen, treten mit ihren Absichten immer offener hervor. Sie verkörpern selbst den Schwindel vom „Schutz der Arbeitswilligen“, in dem sie zunächst ihre Forderung nach Anebenung der organisierten Arbeiterkräfte leiteten und bewiesen, daß es ihnen nicht um den Schutz der angeblich bedrohten Streikbrecher, sondern nur darum zu tun ist, den Arbeitern jede Möglichkeit zu nehmen, mit Hilfe des Koalitionsrechts ihre Lage zu verbessern. Ganz unumwunden wird in der reaktionären Presse das Verbot des Streikpostenstehens gefordert. Und um die Ungehörlichkeit dieser Forderung etwas zu verdeutlichen, bemüht sich die Deutsche Tageszeitung, es so darzustellen, als ob das Streikpostenstehen eigentlich heute schon rechtsgültig verboten sei. Zu diesem Zweck phantasiert das Zentralorgan:

In den Erörterungen über den konservativen Antrag auf Erlass eines Verbots des Streikpostenstehens wird die Angelegenheit immer wieder so behandelt, als ob ein solches Verbot undurchführbar und unmöglich sei. Dabei wird vergessen, daß der Senat der Stadt Lübeck schon vor einiger Zeit eine Verordnung erlassen hat, die folgenden Bestimmungen lautet:

Personen, welche planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder der Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zusuges von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Als diese Verordnung erlassen wurde, erhob sich natürlich ein gewaltiger Lärm, und ihre Rechtsgültigkeit wurde nicht nur von sozialdemokratischen, sondern auch von anderer Seite angefochten. In der Lübecker Bürgererschaft wurde der Antrag auf Aufhebung der Verordnung gestellt, aber mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Bei der Erörterung im Reichstage wurde vom Regierungsrat erklärt, daß von Reichs wegen gegen die Verordnung nicht eingeschritten werden könne, sondern die Entscheidung über ihre Rechtsgültigkeit den Gerichten zuzuflehen. Inzwischen ist die Rechtsgültigkeit mehrfach anerkannt worden. So hat das Kammergericht in Berlin als letzte Instanz entschieden, daß zwar das Streikpostenstehen an sich nicht strafbar sei, daß aber dadurch das Recht der Behörde nicht berührt werde, im Interesse der Sicherheit auf den öffentlichen Verkehrswegen in Bezug auf Streikposten Anordnungen zu treffen, denen unbedingt Folge zu leisten sei. Zum Erlass solcher Anordnungen sei es nicht erforderlich, daß eine Störung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen schon festgestellt sei; es genüge, daß eine solche zu erwarten sei. In ähnlicher Weise hat sich das Obergericht in Hamburg ausgesprochen. Auch die Strafkammer III des Hamburger Landesgerichts hat mit ausführlicher Begründung die Lübecker Verordnung als zu Recht bestehend anerkannt.

Das gerade Gegenteil von dem, was die Deutsche Tageszeitung hier ihren „gelitig etwas schwerfälligen Lesern“ suggerieren möchte, ist richtig. Ein Lübecker Redakteur hatte öffentlich zum Ungehörigen gegen die Verordnung aufgefodert. Das Reichsgericht sprach ihn am 4. Februar 1901 frei, da die Voraussetzung der Strafbarkeit nicht gegeben sei, insofern als der Verordnung, die gegen den § 152 der Gewerbeordnung verstoße, die Rechtsgültigkeit fehle!

Überhaupt hätte ein Organ, das sich im Kampfe gegen das Koalitionsrecht an die Spitze gestellt hat, wohl einige Veranlassung gehabt, sich einigermaßen Kenntnis von den wichtigsten Entscheidungen zu verschaffen. Ohne Zweifel sind dem Schreiber auch die Entscheidungen des Reichsgerichts und des preussischen Kammergerichts bekannt, die ein Verbot des Streikpostenstehens für ungültig erklärt haben. Aber was tuts. Im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und für die Interessen des profitlüsternen Kapitalismus ist den reaktionären Goldschreibern kein Mittel zu schlecht.

Diese eigenartigen und verlogenen Erörterungen in der Scharmacherpresse sind aber nicht nur bestimmt, etwaige

Strupel der Koalitionsrechtsfeinde zu beseitigen. Sie sollen vor allem auch die behördlichen Instanzen, die sich ja immer mehr als zum Schutze der Unternehmerinteressen berufen fühlen, zu einem schärferen Vorgehen gegen die Arbeiterklasse anregen. Daß die Wirkungen, vor allem auf die Polizeibehörden, nicht ganz ausbleiben, zeigt folgender Fall:

Bei der hiesigen Spiegelmanufaktur, Höder, Meyer u. Cie. in Berlin-Hohenschönhausen befinden sich die Glasarbeiter seit Oktober v. J. im Streik. Die von der Organisation ausgestellten Streikposten wurden von der Polizei nicht gebildet, sie wurden einfach fortgewiesen und, als sie sich dem Gebot nicht fügten, fesselt. Eine Reihe von Strafbefehlen folgten nach, über die die Gerichte noch zu entscheiden haben werden.

Wegen des polizeilichen Verbots des Streikpostenstehens wandte sich die Organisation beschwerdend an den Gemeindevorsteher von Hohenschönhausen als Polizeibefehl. Die darauf erfolgte Antwort sieht folgendermaßen aus:

Nach Mitteilung der Berlin-Hohenschönhauser Spiegelmanufaktur ist in ihrem Betriebe der Streik beendet und der regelmäßige Betrieb aufgenommen.

Zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung in der Freiwalder Straße werden die Polizeibehörden die Aufstellung von Streikposten in der Freiwalder Straße nicht dulden.

Also weil die Firma erklärt, der Streik ist für sie beendet, wird von der Behörde jeder Streikposten in der Freiwalder Straße für vogelfrei erklärt. Tatsache ist, daß jetzt, fünf Wochen nach dieser Ankündigung, die Firma immer noch nicht über geschultes Personal in der notwendigen Weise verfügt und sehr gern schlichte Glashelfer einstellt, wenn sie nur dem Glasarbeiterverbande nicht angehören. Warum aber „werden die Polizeibehörden die Aufstellung von Streikposten nicht dulden“, wenn doch gar kein Streik mehr besteht, Herr Amtsvorsteher?

Da der Amtsvorsteher den Arbeitern das Recht des Streikpostenstehens nahm, beschwerte sich der Glasarbeiterverband am 8. Dezember 1913 beim Landratsamt des Kreises Niederbarnim. Das Landratsamt aber denkt: keine Antwort ist auch eine Antwort, und erteilt dem Beschwerdeführer überhaupt keinen Befehl. Eine Anrufung des Ministeriums des Innern am 18. Dezember 1913 hatte den gleichen Erfolg.

Es wird notwendig sein, dem Herrn Minister die Junge noch zu lösen, besonders mit Rücksicht auf die oben bereits angedeuteten Entscheidungen der Gerichte. Die Arbeiter aber mögen aus dem Vorgehen ihrer Feinde erkennen, wie ernst die Situation ist und wieviel für sie auf dem Spiele steht. Nur ein einmütiger wichtiger Protest gegen die frechen Raubgelüste der reaktionären Scharmacher kann den Sturm auf das wichtigste Recht der Arbeiterklasse unwirksam machen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Anleiheperioden des Reichs und Preußens vom dreiprozentigen Typ bis zum Ende des vierprozentigen.

Die vollkommen neuartigen Bedingungen, unter denen Preußen jetzt wohl oder übel seinen einmaligen außerordentlichen Geldbedarf von 400 Millionen Mark decken muß, dokumentieren auch nach außen hin den Abschluß einer verlustreichen Anleiheperiode und die vorläufig als wahrscheinlich vorauszusetzende Fortdauer der großen Umwandlung auf dem Geld- und Kreditmarkt, die ungefähr seit dem Jahre 1895 sich nicht nur unaufhaltsam, sondern mit rasch wachsender Stärke vollzogen hat.

Das ehemalige Sinken des Zinsfußes, das früher fast stets zu beobachtender rascher Annäherung des Angebots von Kapital gegenüber der langsamer sich fortbreitenden Nachfrage hatte Mitte der 90er Jahre — heute klingt uns dies fast wie ein Märchen — die erklärenden dreiprozentigen Rentenwerte der Staaten durchschnittlich fast auf Parität gehoben, zeitweise sogar über Parität. Die dreiprozentige Reichsanleihe, die gewandte Finanzminister deshalb schon zum allgemeinen Normaltyp zu erheben gedachten, stand im Durchschnitt des Jahres 1896 auf 99,22, sie stand zeitweilig 1896 auf 99,90 und 1895 sogar auf 100,30. Aber damals befandete sich die überlebende Geldflüssigkeit auch darin, daß der Reichsbankdiskont im Jahresdurchschnitt 1894 bis auf 8,17, 1895 bis auf 8,189 gesunken war. 1912 dagegen hatten wir einen Jahresdurchschnitt

von 4,046, ferner 1913 (bis zum 12. Dezember, dem Tage des Herabgehens auf 5 Prozent) sogar von 5,88 Prozent. Die ganze Zwischenzeit zwischen der Mitte der 90er Jahre und der Gegenwart ist erfüllt von einem Höherstreben des Zinsfußes und selbstverständlich von einer entsprechenden Geringererschätzung der früher vollbewerteten Schulverpflichtungen von Staat und Reich. Schon lange denkt kein Mensch mehr daran, dreiprozentige Rentenpapiere auszugeben, denn sie würden allesamt das Schicksal der dreiprozentigen Reichsanleihe geteilt haben, die im Jahresdurchschnitt notierte: 1897 87,85, 1898 95,51, 1899 90,71, zuletzt jedoch sogar: 1908 89,24, 1909 85,84, 1910 84,41, 1911 83,65, 1912 80,11 (zeitweilig 77!), und die augenblicklich, am 19. Januar, mit 76 bewertet wird.

Selbst die vierprozentige Reichsanleihe, deren Weiterausgabe man zunächst mit dem Jahre 1896 einstellte, weil in den Jahresdurchschnitten 1893 bis 1898 dafür 107,24, 106,57, 105,68 und 105,48 (mit zeitweiligem Höchststand von 108,30 und 108,40 in den Jahren 1893 und 1894) dafür bezahlt worden waren und zu der man erst 1907 wieder zurückkehrte, hielt sich zwar auch in den letztverflohenen Jahren im Jahresdurchschnitt meist noch etwas über Pari, aber vorübergehend erreichte sie Tiefstände von 99,10 wie im Jahre 1912 und von 97,75 wie 1913. Heute wird sie mit 97,50 bis 98,25 bewertet und das Glas der letzten Anleiheverfälschung, des Reichs wie Preußens, beweist, daß selbst die Zusicherung von 4 Prozent Zinsen die Tore des Marktes nicht mehr weit genug zu öffnen vermag.

1908 hat deshalb das Reich zum letztenmal eine Anleihe mit 8 Proz. angedboten, damals schon notgedrungen zum Zeichnungskurs von 92. Die Jahre 1904 bis 1906 sind für das Reich und Preußen die Periode der 3/2-prozentigen Anleiheaufnahmen. Hierbei erreichte man jedoch schon sehr bald nur mit knapper Not die Ueber-einstimmung der Verschuldungsnominalsumme mit dem wirklichen Geldbetrag: ihre 3/2-prozentigen Anleihen von 1906 brachten das Reich und Preußen gerade noch mit 100 unter, jedoch unter den üblichen Abstrichen für Schulbucheintragungen und Sperrzeichnungen. Nur 1909, als nach der Krisis von 1907/08 die Depression des allgemeinen Wirtschaftslebens die Staatsrenten kurze Zeit beengte, kam man ausnahmsweise noch einmal zum 3/2-prozentigen Typ im Reich wie in Preußen zurück, aber mit einem Zeichnungskurs von 95,80. Sonst war seit dem Jahre 1907 der vierprozentige Typ der allein herrschende geworden, nur daß auch er dem Publikum, unter der Konkurrenz günstiger Anlagegelegenheiten, immer weniger genigte. Seit 1909 kam man, nach einer Zusammenstellung der „Koschischen Zeitung“, mit folgenden Anleiheangeboten heraus:

Termin der Emission	Reichsanleihen ¹		Preussische Anleihen ¹		Zeichnungskurs
	Summe Mil. Mark	Zinsfuß Prozent	Summe Mil. Mark	Zinsfuß Prozent	
1909	180	4	340	4	102,70 ^a
1910	340	4	140	4	102,00 ^a
1912	80	4	420	4	101,40 ^a
1913					
Markt	80	4	100	4	98,80 ^a
			400 Schatzscheine	4	99,00
Juni	80	4	175	4	97,90 ^a

Das Abwärtsgehen des Erlöses, bei gleichem Zinsfuß, tritt hier ganz schlagend hervor. Doch zwischen Auslösung zur Zeichnung und Zeichnungserfolg besteht noch ein großer Unterschied, und tatsächlich waren die letzten Anleiheverfälschungen, trotz des Angebots der Stücke mit 97,90 (oder 97,70 für Sperrstücke), ein drückender Mißerfolg. Die Reichsanleihe zwar wurde „belaufen“, voll, die preussische Anleihe jedoch kaum über die Hälfte gezeichnet; ähnlich war es schon zuvor im März den 400 Millionen Mark preussischer Schatzscheine ergangen.

Länger laufende Schatzscheine mit Auslösung zum vollen Nennwert.

Der neue preussische Anleihetyp erstreckt nunmehr zwei Ziele. Einmal muß er die neue, sobald nicht zu ändernde Zinsnorm anerkennen: er bietet die vierprozentigen „Schatzweisungen“ (bisher gebrauchte man den Ausdruck nur für kürzer, meist 3 bis 4 Jahre laufende Schulbauanahmen) für die öffentliche Zeichnung zum Kurse von 97 an (Ueberrahmekurs der Banken 96 1/4), so daß schon hierdurch die reale Verzinsung für die Erwerber sich auf 4 1/2 Proz.

¹ Wo nichts anderes bemerkt ist, handelt es sich um konsolidierte Anleihen.

² Für Schulbucheintragungen und Sperrzeichnungen billiger

Ein Riesenwerk der Ingenieurbaukunst bei Rendsburg.

In den letzten drei Jahren ist über den Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Rendsburg eine Verkehrsanlage geschaffen worden, die ihresgleichen in der Welt suchen dürfte. Nach der Erbauung des Kanals stellen sich sowohl dem Schiffsverkehr auf dem Kanal wie dem Eisenbahnverkehr über den Kanal allerlei Schwierigkeiten entgegen. Bei Bau und Betrieb konnten zwar Eisenbahnhochbrücken angelegt werden, die selbst Schiffe mit hohen Masten freie Durchfahrt gestatteten; dagegen ist das Gelände bei Rendsburg und Zatterhof so flach, daß der Eisenbahnverkehr von Kiel und Neumünster über den Kanal durch Drehbrücken vermittelt werden mußte. Waren nun die Drehbrücken zur Ueberfahrt der Züge über den Kanal einsehbar, so konnten die Schiffe nicht durchfahren und stauten sich oft auf; umgekehrt kam es auch vor, daß die Züge auf die Wiederherstellung des durch die Drehbrücken unterbrochenen Schienenstranges warten mußten. Als man nun zur Verbreiterung der Kanalsohle von 22 Meter auf 44 Meter schritt und die Wasserlinie von 9 auf 11 Meter brachte, konnte man mit Drehbrücken nicht mehr gut auskommen; denn da die Breite des Wasserpegels von 87 auf 103 Meter wuchs, hätten die Brücken ein außerordentlich hohes Gewicht bekommen müssen und es hätte zu ihrem Betrieb außerordentlich harter Antriebsvorrichtungen bedurft. Dabei wären aber die Verkehrsschwierigkeiten nicht behoben worden. Deshalb entschloß man sich, eine riesige Eisenbahnhochbrücke über den Kanal und das niedrige Gelände zu bauen und die Züge durch eine lange Rampe auf diese Brücke hinaufzuführen.

Die Eisenbahnhochbrücke hat eine Länge von 2600 Meter; die ganze Anlage mit der Rampe ist 7 1/2 Kilometer lang. Die Unterseite des Durchfahrtsprofils liegt 42 Meter über dem Wasserpegel. Insgesamt muß die Bahn auf den Rampen 37 Meter über die Geländehöhe steigen. Auf je 150 Meter kommt 1 Meter Steigung. Da der Bahnhof Rendsburg nur 1 Kilometer vom Kanal entfernt liegt, konnte die Steigung auf 37 Meter Höhe übers Gelände nur durch eine 4,3 Kilometer lange Schiefele erreicht werden. Die Bahn steigt auf einer eisernen Rampe 27 Meter empor und fährt dann über sich selbst hinweg. Der Teil des Bauwerkes, wo sich die Bahn selbst überwindet, stellt eine Bogenbrücke mit einer Spannweite von 75 Meter dar. Die übrigen Brückenöffnungen auf dem Kanale haben eine Spannweite von 28,3 Meter. Die Deisungen sind mit 2,3 Meter hohen Wellenblechträgern überdeckt. An den Seiten der Bahn sind auf Reusen Fuhrwege angebracht. Das Ganze wird von Gerüstpfählen getragen, die 27 bis 33 Meter hoch sind und in

der Länge der Brücke 11,7 Meter messen. Die vier Füße jedes dieser Pfeiler stützen sich auf gewaltige Betonfundamente. Die über den Kanal wegführende Hochbrücke selbst ist (bis zur Brückenmitte) nahezu 70 Meter hoch. Ihre Pfeiler gehen bis 17 Meter unter das Gelände und 4 Meter unter die Kanalsohle. Jeder der Betonblöcke hat 1800 Kubikmeter Inhalt. Unter dieser Kanalbrücke wird eine Schwebefähre aufgehängt werden, die Personen und Wagen über den Kanal befördern und die durch einen elektrisch angetriebenen Fahrmotor auf Schienen unter der Brücke bewegt werden soll. Auch für die Landesverteidigung sind bei dem Bau der Brücke verschiedene Einrichtungen getroffen worden. Die Brücke wurde am 1. Oktober 1913 dem Verkehr übergeben und auch die Schwebefähre ist bereits in Betrieb gesetzt.

So stellt die Brücke ein Kulturwerk ersten Ranges dar und ihre Herstellung wird von der bürgerlichen Presse als eine große Tat gefeiert. An die zahlreichen Unglücksfälle, die beim Bau des Werkes vorgekommen sind, an die vielen Todesopfer, die es gefordert hat, denkt aber niemand. Sieben Unfälle verließen bei der Aufstellung der Eisenkonstruktion tödlich, eine Folge der sogenannten „Freimontage“, mittels der alle Arbeiten hergestellt worden sind. Von großen Auslegern aus wurden die Brückenteile ohne feste Schutzvorrichtung aufgestellt. In der Luft wurde ein Stiel an das andere gefügt. Auch die Brücke über den Kanal wurde so fertiggestellt. Auf jedem fertiggestellten Stiel Freimontage stand ein auf Schienen bewegbarer Ausleger, der zur Zusammenlegung der Brücke diente und mit dem die einzelnen Teile vom Wasser aus wurden auf Vehrgerüsten aufgebaut, wobei einigermassen auf Abdeckung gesehen wurde. Aber auch da war nicht alles vorwärts, nämlich und es verging fast kein Tag, wo kein Unfall vorant. Auch bei den Aufstellungsarbeiten an den Schienen sind viele Unglücksfälle vorgekommen. Die Eisenkonstruktionen sind von Anfang an Torturm und der Gutehoffnungshütte angefertigt worden. Von einer geregelten Arbeitszeit war bei diesen Firmen keine Rede. Dabei wurden für die gefährliche Arbeit nur Löhne von 40 bis 60 Pfg. gezahlt. So erklärt es sich, daß bei diesen Firmen fast nur indifferente Leute beschäftigt waren und daß trotzdem die Produktion noch sehr groß war. Bei den Aufstellungsarbeiten der großen Eisenkonstruktionen waren meistens Ausländer (Polen, Russen, Desterreicher etc.) beschäftigt. — Das Kulturwerk ist nun fertig; aber die Arbeiter, die an dem Bau gearbeitet haben, haben von ihrer Arbeit keinen Profit gehabt; sie haben ihre Schuldtatigkeit getan und können gehen. Den Profit haben die Unternehmer, die großen Firmen aus den Knochen der Arbeiter gezogen.

10 Grad Reaumur.

Stimmungsbild.

Der Abend senkt seine Schatten zur Erde, der Himmel ist jähneschwer eingehüllt in den Dunstkreis der Stadt. Zahlreiche Menschengruppen eilen dem Oben der Stadt, dem Gottesacker, zu. Aus den gepflanzten Unterhaltungen, die mir das Lebensbild eines zur letzten Ruhe heimgegangenen Kollegen in verschiedenen Auffassungen und Gefühlsausdrücken schilbern, kann man erkennen, daß es sich darum handelt, einem verdienten verstorbenen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen. Die gefürchtetste Krankheit in seinem Beruf, die Tuberkulose hatte auch ihn ergriffen, ließ ihn die verschiedenen Stadien durchleben, bis ihn der Senfmann letzten Kampfes hinwegholte. Im Gottesacker vor der Leichenhalle, von dessen Giebel mir in großen goldenen Lettern das Memento mori entgegenleuchtet, stehen starke, lebhafte, weiterharte Gestalten, meistens bedeckt mit dem obligaten großen, schwarzen Filzhut, einzig in dem Gefühl, einem ihrer verdientesten Kollegen den letzten Liebesdienst zu erweisen. Sie kamen nicht in Gehrod und Zylinder, aber sie kamen alle, und wer es einigermassen erteilen konnte, kam mit dem letzten Zuge aus den umliegenden Steinbruchorten. Der Verstorbene war längere Zeit ihr Vorsitzender gewesen und war ihnen zur Erreichung ihrer Ziele, wie ein menschenwürdiges Dasein erweisen, behilflich. Wie oft mußte er ihnen zuliebe seine Arbeitsstätte verlassen, weil er für die Sache seiner Mitglieder rücksichtslos in die Schranken trat und dafür den Jorn der Unternehmer auf sich zog. Nun tragen vier madere Kameraden den für immer stumm gewordenen Kämpfer zu seiner letzten Ruhestätte. Schier endlos ist der Zug, der vor der Leiche einhermarschiert. Das Ansehen des gestorenen Schnees bildet dazu die Muße. Aus den Reihen der Zuschauer tönt es mir entgegen: „Das sind die Steinarbeiter des Reichs!“ Nach den Handlungen der Geistesfreiheit am Grabe legen die Vertreter der beteiligten Korporationen und Gewerkschaften die Kränze unter entsprechenden Worten der Anerkennung und Verrechnung nieder mit der Versicherung, dem Verlebten ein ehrendes Andenken zu bewahren. Auf dem Kranz mit der großen Schiefele steht in großen Buchstaben: „Ihrem lieben Vorkämpfer. Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter, Zahlstelle Würzburg.“ Nach dem Choral der Arbeiterjäger zerstreuen sich die Teilnehmer. Die Gerüstpfähle verläßt ich ebenfalls die Stätte der Toten, im Herzen gelobend, meinem Verbande stets treu zu bleiben. F. R.

bereden würde. Zweitens soll jedoch eine gewisse Präzision gegen die Annahmen geübt werden, doch in den letzten Jahren zur Veranschaulichung aller Väter von früheren Anleihenbeständen wurde, da man jedes Jahr immer von neuem „abschreiben“ mußte, wo man seine Werte erworben zu haben glaubte. Die preussische Finanzverwaltung sichert deshalb alljährlich die Auslosung (je einer der 16 Ziehungen zu 25 Millionen Mark) den vollen Nennwert zu, so daß dieser Nennwert einerseits zu einer zeitlichen Nichtlinie für den Kurs wird und andererseits dem Gewinne von heute und von einer folgenden Lebensdauer neben den 4 bis 5 Proz. Zinsen noch einen gewissen Kursgewinn in Aussicht stellt. Die Auslosung zu 100 findet alljährlich im Oktober statt, das erstmalig schon im diesjährigen Oktober, so daß zum mindesten der erste Erwerber, der bis zum Oktober seinen Besitz festhält und vom Lote befreit wird, mit seinem „Ertrag“ sehr zufrieden sein kann. Eine offiziöse Erklärung, die von der Seehandlung ausgeht, bemerkt folgende hierzu:

Der neue Zins legt zwar der Staatskasse erhebliche Opfer auf, aber auch den Zeichnern entsprechende Vorteile, namentlich durch die Gewährung des allseitig und dringend verlangten Schutzes gegen Kursverluste. Durch die binnen 16 Jahren — durchschnittlich im 8. Jahre — erfolgende Rückzahlung zum Nennwert sind dauernde Kursverluste ausgeschlossen und größere, vorübergehende Kursminderungen unwahrscheinlich gemacht. Im Gegenteil bietet die Begebung zu 97 in Verbindung mit der Paritätzahlung einen sicheren Kursgewinn von 3 Proz. binnen durchschnittlich 8 Jahren. Unter Berücksichtigung dieser Auslosungsschancen stellt sich die effektive Verzinsung auf etwa 4 1/2 Proz. Zum Unterschied von den kurzfristigen, verzinslichen Staatsanweisungen, die gewöhnlich auf 4 Jahre ausbezahlt werden und ihre Besitzer alsdann zu neuen Kapitalsanlagen nötigen, bietet die amortisierbare Staatsanweisung immerhin eine Kapitalanlage auf eine längere Reihe von Jahren. Es ist darum zu hoffen, daß der neue Zins mehr als die kurzfristigen Staatsanweisungen in die breiten Schichten des Publikums einbringen wird, zumal auch kleinere Stücke bis zu 100 Mk. herab ausbezahlt werden sollen. Die Besitzer, deren Stücke etwa schon in den ersten Jahren ausgelost werden, haben den besonderen Vorteil, die Auslosungsprämie von 3 Proz. schon früher zu verdienen.

Daß sich dieser neue Zins wirklich zu einem vielfach nachgeahmten Zukunftsbild emporgingeworben wird, scheint wenig wahrscheinlich. Dazu ist er zu kompliziert und zu wenig den umlaufenden alten Anleihenformen angepaßt, während der große Marktgleichzeitige, zum mindesten sich gegenseitig leistende Anleihenformen verlangt und befristet. Aber um ein interessantes Experiment einer noch unklaren Lebensdauer handelt es sich auf jeden Fall und solche Experimente der anleihenbegehrenden Staaten werden noch häufiger wiederkehren, solange nicht der gesamte Geld- und Anleihemarkt, wenn auch auf einer höheren Stufe als früher, wieder stabilere, einheitlichere Entwicklungsformen angenommen hat.

Berlin, 29. Januar 1914.

Max Schippel.

Bereinheitlichung der Bordsteinprofile.

Die Vorstände der Stadtbauämter im Regierungsbezirk Koblenz beabsichtigen eine Vereinheitlichung der Bordsteinprofile. Sie wollen fünf Profile in Vorschlag bringen. Man glaubt, hierdurch den Bezug der Bordsteine zu verbilligen. Jedoch glaubt man, daß fünf Profile bei dem eigenartigen Steinmaterial, das im Regierungsbezirk Koblenz zur Verwendung kommt (es handelt sich meist um Basaltlava des Kreises Mayen), zu wenig sind, daß sich dagegen mit 10—15 Profilen auskommen ließe. Ueberdies kommen noch Granitbordsteine zur Verwendung.

Weiter haben die Stadtbaubehörden in Aussicht genommen, die Mindestlänge der Bordsteine auf 1 Meter festzusetzen. Hiergegen wenden sich aber die Basaltlavaabräucher im Kreise Mayen mit aller Entschiedenheit. Sie behaupten, daß die Festlegung dieser Mindestlänge genüge, um einen Teil der Steinbrüche des Mayener Bezirks unrentabel zu machen. Bisher war es im allgemeinen nicht üblich, daß Bordsteine zu „gezwungenen“ Längen geliefert werden mußten. In der Demagoge Gegend konnte für unsere Kollegen beim jetzigen Tarifabschluß für bestimmte Maße ein Zuschlag erreicht werden.

Die interessierten Kreise des Mayener Basaltlavagebiets haben eine Kommission gebildet, die bei Festlegung neuer Lieferungsbedingungen für Bordsteine die Interessen der Steinindustrie wahrnehmen soll.

Auch unsere Kollegen müssen diesen Vorgängen im Mayener Gebiet sowie im Odenwald erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Die Brecher sind ja, wenn sie im Afford arbeiten, schon dadurch gefährdet, wenn wenige Sorten zu spalten sind. Je einheitlicher die Querschnittprofile sind, desto ungünstiger ist die Gesteinsausnutzung für die Arbeiter. Wenn nun auf einmal die Baubehörden die kleinen Maße beseitigen und insbesondere gezwungene Längen einführen, so sind die Brecher, die Steinmengen und auch die Unternehmer gefährdet. Das eine wird auch den Baubehörden einleuchten, daß mit der Vereinheitlichung der Bordsteinprofile die Bordsteine selbst um ein beträchtliches im Preise steigen werden. Zuletzt aber sind es die Arbeiter, die eine solche Neuerung, die theoretisch sehr schön aussieht, auskosten müssen. Darum Kollegen, seid auf der Hut!

Unfallgefahr in der Warthauer Steinindustrie.

Seit Neujahr kam hier der vierte Unfall vor. Das ist doch etwas stark, wird der Leser dieser Zeilen sagen. Aber es ist tatsächlich so. Kaum war der letzte Unfall im vergangenen Jahre vorüber, da fing das Unglück im neuen Jahr wieder an. So verunglückte gleich nach Neujahr der Arbeiter Scholz, dann, daß er das Bein brach. Am 13. verunglückte der Arbeiter Dietrich an der linken Kopfseite, daß er von Gießern kann, heute noch unter die Lebenden zu zählen. Ein paar Tage darauf, am 17. d. M., erlitt der Arbeiter Rutenst ein Unfall, indem er sich die Finger der rechten Hand verletzte; wenn auch dieser Unfall nicht so schwer war, so bedurfte er doch ärztlicher Hilfe und ist mit Verbandsmittel verbunden. Noch war der Gesprächsgegenstand dieser Unfälle nicht verstanden, so merkte man, daß der Brecher Meißner bei schwer verunglückt; und tatsächlich, am Vormittag des 22. Januar war der Brecher Meißner daran, zwei Steine zerlegen zu lassen, daß selbst der Arm an einem Aufhaken zweifelt. So kommt Unfall auf Unfall, man wird den Schrecken von einem zum andern nicht loskommen können, man trage, wie kommt das? Als immer die Unfallverhältnisse mehr man ja unbedingt vermeiden. Die meisten Unfälle unvermeidlich sind; andererseits muß man aber auch konstatieren, daß bei einigermaßen sorgfältiger Beobachtung der Unfallverhältnisse, die meisten Unfälle vermieden werden können. Und hier hapert es, denn die Jahre 1913 sind ungefähr 25—30 Unfälle, die mit Verbandsmittel verbunden waren, vorgekommen. Wenn man diese Zahlen sich vermeiden lassen, wenn von

seiten der Aufsichtspersonen die gesetzlichen Vorschriften besser beachtet werden wären. So läßt man z. B. unmittelbar unter dem Felsen arbeiten, wo Steine heruntergeworfen werden, auch sind die meisten Felsen nicht so abgeräumt, wie es das Gesetz vorschreibt, ja oft muß man sehen, wie der Felsen herausgeschoben wird, so daß der Arbeiter förmlich darüber hinweghängt. Um recht viel Arbeiter zu sparen, läßt man nicht genügend Platz machen, man darf bloß zuweilen auf den Wertplatz C. Schilling kommen. Da liegt Klamoitte um Klamoitte, so daß es einer außerordentlichen Geschicklichkeit des aufhängenden Steinmehes bedarf, um zu seinem Platz in der Bude zu kommen, ohne dabei die Beine zu brechen. Verlangt man Platz, so heißt es: Es sind keine Arbeiter da. Bei den Brechern wird ebenfalls nicht genügend vorgeäumt resp. Platz gemacht, und so sind dieselben gezwungen, ihre Beine direkt unter der Felsenwand auf dem Schutthaufen zu bearbeiten. Es kommt vielfach vor, daß die Steine wegen Mangel an fester Unterlage ins Wanken geraten und umfallen, und auf diese Weise muß der Brecher mit Unfällen rechnen. Man muß unwillkürlich die ganze Schuld an den Unfällen der Geschäftsleitung in die Schuhe schieben; denn bei einigem guten Willen und etwas weniger Profitgierigkeit ließen sich derartige Unfälle ziemlich vermeiden.

Und wo bleibt bei all diesen Vorfällen die Gewerbeinspektion? Sollte sie wirklich von all diesen Mängeln nichts wissen? Abgesehen von all den vielen Verletzungen, die überhaupt nicht gemeldet werden, kommen doch tatsächlich noch so viel Unfälle vor, daß sich die Gewerbeinspektion fragen mußte: Wie kommt das wohl? Aber man will eben nichts wissen, sonst würde man sich bei Revisionen einmal an die Arbeiter selbst wenden, und da könnte man wohl die richtige Aufklärung bekommen. Aber statt dessen wendet man sich immer an den Geschäftsführer, und da ist selbstverständlich alles in Ordnung. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, der Unfallgefahr in den Warthauer Steinbrüchen etwas mehr Beachtung zu schenken. In sämtliche Arbeiter ergeht die Mahnung: Sorgt dafür im Interesse eurer selbst willen, daß die Unfallvorschriften sorgfältig beobachtet werden.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Am 11. Januar tagte hier eine außerordentliche Versammlung. Der Kassierer, Kollege Kollmann, erstattete den Kassierbericht vom 4. Quartal, sowie den letzten Jahresbericht, welcher als sehr gut bezeichnet werden kann. Bemerkenswert war, daß vom Geschäftsjahre Betrieb, trotz der traurigen Verhältnisse, die dort bestehen, nicht ein einziger Kollege anwesend war. Die Verwaltung der Zählstelle wurde neu gewählt, als Kassierer wurde Kollege Kollmann wiedergewählt. Die Verhältnisse der Firma Rübke wurden scharf kritisiert, die Herren reden ja immer von Handwerkerarbeiten und geben auch die schönsten Versprechungen ab, aber ihre Reden in die Tat haben sie bis jetzt noch nicht umgesetzt. Von dem verprochenen abgelagerten Rohmaterial haben die Puger noch nichts bemerkt, auch für eine Schutzkiste zum Schutze gegen herumfliegende Steine bei Sprengschüssen hat die Firma Rübke eine ablehnende Haltung. Da am 31. März d. J. die Lohnvereinbarung mit der Firma Rübke ihre Gültigkeit verliert, wurde von der Versammlung eine Verbesserung und eine tarifliche Regelung der Verhältnisse gefordert.

Sachsen (S.-M.). Am 12. Januar fand im Berliner Hof unsere Quartalsversammlung statt, welche wegen des schlechten Wetters nur mäßig besucht war. Zu Punkt 1 gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren geprüft und für gut befunden wurde. Es soll nochmals der Versuch gemacht werden, die Herzogliche Direktion zu veranlassen, um die nötigen Schritte zum Bau einer Badeanstalt im Betrieb Sangebach zu tun. Bei Punkt 2 wurde den Kollegen, die bei der Lohnbewegung tätig waren, für Verdienste jedem 2 Mk. bewilligt. Ehe zu den Wahlen geschritten wurde, gab unser leitender Vorsitzender Kollege Ernst Wiegand bekannt, daß er aus persönlichen Gründen dieses Amt nicht wieder annehmen könne. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: Vorsitzender Sauer 1. Vorsitzender, Ewald Sauer 2. Vorsitzender, Otto Reich 3. Kassierer und Otto Schönfelder Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Ernst Wiegand und Reinhard Böttner gewählt. Unter Verschiedenes wurde vom Kassierer auf die neue Beitragszahlung von einigen Kollegen hingewiesen.

Wien. Am 13. Januar fand unsere Generalversammlung im Lokale Hompeich statt. Der Vorsitzende Ruhn erstattete den Jahresbericht. Im Vordergrund des Interesses habe unsere Lohnbewegung gestanden. Mit dem Arbeitgeberverband hat es nur einer Sitzung bedurft, um eine Einigung zu erzielen. Es gelang uns, außer andern Zugeständnissen unsere Stundenlöhne von 71 Pfg. auf 77 Pfg., auf 3 Jahre verteilt, zu erhöhen. Mit den Klein- resp. Zwischengliedern, die vorzeitig von Beton und Kunststein bearbeitet, mußte, um der Preisrückfälle einen Riegel vorzuschieben, ein Sondervertrag abgeschlossen werden, und zwar dahingehend, daß außer den üblichen Zulagen 80 Pfg. im 1. 85 Pfg. im 2. und 90 Pfg. im 3. Vertragsjahre zu zahlen sind. Während die Mehrzahl der Kleinmeister den Sondervertrag am 1. April unterzeichnete, bedurfte es bei zweien von diesen einer einwöchigen Kur, um auch diese zur Anerkennung des Sondervertrages zu bewegen. Tarifbrüche von seiten der Unternehmer waren nicht zu verzeichnen, und wo es sich um Verusche handelte, wurden dieselben sofort durch Eingreifen des Vorstandes zurückgewiesen. Durch den glatten Verlauf der Lohnbewegungen ist unsere Lokalkasse unverändert geblieben und konnte nunmehr einem früheren Antrage, einen Teil dieses Geldes zu Unterstützungszwecken zu verwenden, Rechnung getragen werden. Es wurde eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Danach erhalten arbeitslose Mitglieder pro Tag 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 24 Mk. Durchreichende erhalten ein Solalgeld von 50 Pfg., Ausgesteuerte 150 Mk. Der Krankengeldzuschuß beträgt wöchentlich 150 Mk. — Es wurden im Berichtsjahre 12 Versammlungen, 7 Vorstand- und 2 Schlichtungskommissionssitzungen abgehalten. Der Versammlungsbetrag lag am 31. Dezember 80 bis 90 Proz. der Mitglieder. Der von beiden Zählstellen veranstaltete Singsabende des Kollegen Salkner (Leipzig) hätte besser besucht sein können. Anträge der vor Jahren aus dem Verbanne ausgeschlossenen Streifbretter Pelzer und Fienz um Aufnahme in den Verband wurden zweimal abgelehnt. Zum Schluß dankt der Vorsitzende den Kollegen, Vorstand- und Kommissionsmitgliedern für die tatkräftige Unterstützung und ermahnt die Mitglieder, auch im neuen Jahre in ihrem Eifer nicht zu erlahmen, sondern auch fernerhin dafür zu sorgen, daß die achtunggebende Stellung der Zählstelle Wöln als Beispiel der Kollegen des 7. Gaues und als Schutzwall gegen Annahmungen der Unternehmer dienen möge. Den Kassierbericht erstattete der Kassierer J. Piel. Es war eine Jahresrechnung von 1035.07 Mk. zu verzeichnen. Die Gesamtausgabe betrug 3573.29 Mk. Der Kassierbetrag betrug 2975.15 Mk. ausschließlich der Darlehen von 30 Mk. an eine andre Zählstelle. Die Lokalkasse hat sich gegen das Vorjahr um 551.78 Mk. vermehrt. Der Mitgliederbestand betrug durchschnittlich 111. — Neu aufgenommen wurden 38 Kollegen. Die Zahl der Ausgetretenen betrug 63, abgereist sind 35, gestorben 2 Kollegen. Auf deren Nachlass wurden Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden. Die Herren Kraus und Kollmann erließen einstimmig Entlassung erteilt. Kollege Kraus dankte im Namen der Kollegen dem Vorstande für seine Tätigkeit und ersucht um Anerkennung dafür um entsprechende Wiederwahl desselben. (Bravo!) Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt: Ruhn und Hilger als Vorsitzende, J. Piel und R. Kap als

Kassierer. Letzterer wurde neu gewählt. Kollege Mainz und Ruhn als Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt M. Schwarz, J. Meisenberg, Anton Meurer. Zu die Kartellkommission wurde C. Piger wiedergewählt, ebenso C. Enrich in die Bauarbeiterkommission. Auch in die Gaukommission wurden Ruhn und Enrich wiedergewählt. Den Drills Kollegen haben die Marmorarbeiter zu stellen. Nach der Wahl des Vorsitzenden und Kassierers dankten diese für das Vertrauen durch die Wiederwahl und versicherten, auch fernerhin das Interesse der Mitglieder nach jeder Richtung hin wahrzunehmen. Nachdem noch die Hilfskassierer gewählt waren, hatten die Wahlen ihr Ende erreicht. Es wurde sodann Stellung genommen zum 10. jährigen Bestehen unserer Zählstelle. Aus diesem Anlaß soll im Gründungsmonat September ein Stiftungsfest im Volkshause abgehalten werden. Die Vorarbeiten hierzu wurden den Vorstände übertragen. Einige interne Angelegenheiten sollen in einer Vorstandssitzung erledigt werden. Hierauf erfolgte um 1 Uhr Schluß der vom besten Geiste besetzten Versammlung.

Leipzig. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden machten sich im vergangenen Jahre 10 Vorstandssitzungen notwendig. Es fanden 9 Versammlungen und 2 Generalversammlungen sowie ein Singsabende statt. Im allgemeinen war der Geschäftsgang wieder sehr schlecht, so daß wir im Sommer 35 arbeitslose Kollegen zählten, der schlechte Teil sämtlicher Steinarbeiter war arbeitslos. Die Bauausstellung brachte im Frühjahr etwas Arbeit im Kunststein, so daß einige Zeit sämtliche Kollegen in Arbeit standen. Alle größeren Neubauten, die jetzt im Bau begriffen sind, erhalten das Sandsteinmaterial fertiggearbeitet aus den Brüchen, so daß es für die Steinmehes nichts daran zu tun gibt, da sogar zum Versehen heute mittags geliefert werden. Nun folgte der Bericht des Kassierers. Bei einer Einnahme inklusive Kassenbestand von 10727.52 Mk. und einer Ausgabe von 1481.90 Mk. blieb am Jahresabschluss ein Kassenbestand von 9245.62 Mk. Der Mitgliederbestand war am Ende vorigen Jahres 165 Mann. Der durchschnittliche Versammlungsbetrag betrug 1918 76 Kollegen, also nicht einmal die Hälfte der eingeschriebenen Steinarbeiter, trotzdem wir noch den örtlichen Krankenschuß von Besuche wenigstens drei Viertel Versammlungen abhängig machen. Auch verlas der Kassierer die Bestanden und machte es jedem Kollegen zur Pflicht, dahin zu wirken, daß diese baldigt ihren Verpflichtungen nachkommen. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Hierauf gab Kollege Haug den Bericht vom Gewerkschaftskartell, dem alle Mitglieder mit Interesse gefolgt sind. Dann erfolgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes. Da Kollege Kuffe eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Timpel zum Vorstand gewählt. Kassierer Ullrich und Schriftführer Friedrich wurden wiedergewählt, die Kollegen Wipner und Henze neu gewählt. Zum Revisor bestimmte die Versammlung Kollegen Gemmel. Als Kartellbeauftragter wurde Kollege Haug wiedergewählt. — Der Vorstand wurde beauftragt, die Statuten des örtlichen Krankenschusses zu revidieren und der nächsten Versammlung vorzulegen. Zum Schluß verlas Kollege Timpel noch die verschiedenen Punkte, die bei den neuen Tarifverhandlungen zur Beratung vorgelegt werden sollen.

Mittweide. Die am 18. Januar im Volkshaus Rosengarten stattgehabene Mitgliederversammlung war gut besucht. Handelte es sich doch in der Hauptsache um den Tarifabschluß. Zum 1. Punkt gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Beide Rechnungen sind von den Revisoren geprüft und in allen Teilen richtig befunden worden. Einstimmige Entlastung wurde dem Kassierer erteilt. Kollege S. Jentsch gab einen ausführlichen Bericht vom Stadtverordnetenkollegium. Den Kollegen sehr empfohlen, ihre Versicherungen nur in der Volksfürsorge abzuschließen. Kollege Fontana berichtete über die mit den Unternehmern stattgefundene Unterhandlung. Die Versammlung ist fast mit allen Punkten einverstanden. Sämtliche Schmiehe, mit Ausnahme von einem, erklären sich sofort bereit, zum Steinarbeiterverbande überzutreten. Die Lohnkommission erhält nach Abschluß eines Tarifs von der Zählstelle eine Pauschalsumme von 80 Mk. Das 12. Stiftungsfest der Zählstelle findet am 17. Oktober im großen Saale des Schützenhauses statt. Kollege J. Kunze berichtet über den am Orte bestehenden Bauverein. Kollege Jentsch gab hierzu nähere Erläuterungen aus dem Stadtverordnetenkollegium über die Wohnungsverhältnisse der Stadt. Auf Antrag E. Bippmann wurde beschlossen, daß die Zählstelle einen Anteilsschein von 200 Mk. beim Bauverein entnimmt.

Niederlamm. Am 18. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung, verbunden mit Neuwahl, statt. Die Einnahmen im 4. Quartal 1913 betragen 2911.54 Mk., die Ausgaben 1318.84 Mk. Da die Revisoren befanden, daß Kasse und Bücher übereinstimmen und sich in guter Ordnung befinden, wurde der Kassierer entlastet. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: Vorsitzender Andreas Kuffe, Kassierer Michael Winterling, Schriftführer Joh. Prell. Einem Kollegen, welcher schon längere Zeit krank und ausgesteuert ist, wurde eine Unterstufung von 30 Mk. bewilligt.

Tittling (Bayrischer Wald). Die hiesige Zählstelle hielt am 18. Januar ihre Generalversammlung ab, welche mäßig besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Kassierer Bauer die Abrechnung vom 4. Quartal 1913 bekannt, welche von den Revisoren für richtig und in bester Ordnung bestätigt wurde. Bei örtlichen Angelegenheiten wurde eine scharfe Kritik über das Verhalten der Wilsberger Kollegen, welche zurzeit in Tittling arbeiten, geübt. Nach § 4 Abs. 5 des Statuts sind bekanntlich die Mitglieder ihre Beiträge dort zu zahlen, wo sie beschäftigt sind. Trotz mehrmaliger Aufforderung der Ortsverwaltung wird dieses von obengenannten Kollegen nicht beachtet. Im Verschiedenen wurden die Mitglieder bei der Firma Kuffe scharf kritisiert. Die Werkstatt, die einst die schönste im Tittlinger Revier war, ist in einer derartigen Verfassung, daß sie wohl als Hundehütte, aber nicht als Werkstatt angesehen werden muß. Der Herr Gewerbeinspektor beantragte vorige Woche diese Wilsbände; ob oder Abhilfe geschaffen wird, steht auf einem andern Blatt. Ebenfalls erhalten die dort beschäftigten Arbeiter am Zahltag nicht einmal ein Lohnbuch, damit sie den verdienten Lohn kontrollieren können. Wir warnen hiermit alle zureichenden Kollegen und ersuchen, ehe diese um Arbeit anfragen, sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Ehestens möglicherweise können wir konstatieren, daß sich die hiesigen Steinarbeiter zum Teil auch der Partei angeschlossen haben.

Literarisches.

Im Verlag von J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist erschienen: Die Christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche. Von August Erdmann. 208 Seiten. Preis kartoniert 1.50 Mk. — Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Die katholischen Arbeiterorganisationen bis 1900. — Die Gründung und das Programm der christlichen Gewerkschaften. — Der Kampf der Richtungen. — Von Zürich bis Essen. — Die christlichen Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zu Zentrum, Kirche, Unternehmertum und Regierung.

Die Broschüre ist mit großer Sachkenntnis und Objektivität geschrieben. Erdmann ist in christlichen Gewerkschaftsfragen sozusagen Spezialist. Wer Wesen und Tendenz der Zentrumsgewerkschaften ergründen will, dem ist die Erdmannsche Broschüre nur bestens zu empfehlen. — Ferner ist erschienen: Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands. Von Friedrich Kleis, Arbeitsekretär in Halle an der Saale. 127 Seiten. Preis kartoniert 1 Mk. — Der Verfasser hat es unternommen, über die Anwendung der Arbeitsordnungen Material aus der Praxis zusammenzustellen. Die Arbeiter mit den umfangreichen Mißbrauch, der von den Unternehmern mit den Arbeitsordnungen getrieben wird, beleuchten und zu einer Regelung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anspornen. Er hat zu diesem Zweck in rund 2000 Arbeitsordnungen Einsicht genommen, die ihm von den örtlichen Verwaltungsstellen der freien Gewerkschaften zur Verfügung überlassen worden sind. Die auf diesem Wege festgestellten Tatsachen lassen deutlich erkennen, daß auf dem Gebiet der Arbeitsordnungen den Gewerkschaften noch außerordentlich viel zu tun übriggeblieben ist.

ant beschäftigt. In dem letzten zwei Monaten war schon die Arbeitslosigkeit größer als im Vorjahr, doch hat sie sich noch in erträglichen Grenzen gehalten. Doch der Verband durch die Arbeitslosigkeit nicht so belastet wurde, wie das in den anderen Bauindustrien der Fall war, hat seine Ursache darin, daß die Granitindustrie vorwiegend Strohmaterial erzeugt, welches wegen dem Automobilverkehr zur Verbesserung der Fahrtrassen fast verlangt wird, wodurch die Arbeiter dieser Branche voll beschäftigt waren. Offenbar sind die beruflichen Verhältnisse in Zukunft auch so günstig, daß der Verband mit der Arbeitslosenunterstützung kein großes Mißlo. Auch in der Gesteinsindustrie war der Beschäftigungszustand zufriedenstellend. Selbst die Marmorindustrie, welche zum Teil von der Lautonkultur abhängt, war bis in die letzten Monate des Jahres mit beschäftigt, so daß nur in den Baufirmen- und Kunststeinbetrieben eine größere Arbeitslosigkeit zum Ende des vergangenen Jahres zu verzeichnen war.

Steinanschriften.

Nachstehende Steinlieferungen werden zur Ausschreibung gebracht:
Baubeamt Eberfeld. 4000 Meter Sandsteine und 500 000 Stück Pflastersteine.
Baubeamt Spandau. 5000 Meter Bordschwellen.
Baubeamt Witzsburg. Sandsteinarbeiten für das Präsidialgebäude.
Baubeamt Hannover. 1250 Kubikmeter Kalkbruchsteine.
Baubeamt Düsseldorf. Werksteinarbeiten zu einer Volksschule.
Baubeamt Düren. 16000 Quadratmeter Pflastersteine.
Baubeamt Oberförsterei in Gemünd, Eifel. Zur Neubeckung von Straßen in der Eifel. Oberförsterei Gemünd: Lieferung von 1250 Kubikmeter Basaltkleinschlag.
Eisenbahnbauabteilung in Gleiwitz. Lieferung der Granitwerksteine zum Bau eines Lokomotivschuppens nebst der dazu gehörigen Drehscheibengrube auf Bahnhof Gleiwitz (etwa 85 Kubikmeter Werksteine).
Baubeamt in Aresfeld. Lieferung von rund 5000 Quadratmeter Pflastersteinen aus Grauwade, Hartbasaltlava, Basaltlava oder ähnlichen Gestein.
Baubeamt in Düsseldorf. Kleinschlagbedarf für 1914: 1. ca. 20 000 Kubikmeter Basaltkleinschlag von 3:5 oder 3:6 Zentimeter Korngröße. 2. ca. 800 Kubikmeter Basaltkleinschlag von 2:3 Zentimeter Korngröße (Bildschrott). 3. ca. 4000 Kubikmeter Basaltkleinschlag von 1:2 Zentimeter Korngröße (Spill). 4. ca. 1600 Kubikmeter Basaltkleinschlag von 3:5 Zentimeter Korngröße für die Straßenbahn. 5. ca. 200-400 Kubikmeter Dolomitenmergelschutt. Ferner 10 000 Großpflastersteine aus Grauwade und 5000 Quadratmeter Pflastersteine zur Erneuerung von Trottoirs.

Korrespondenzen.

Berlin. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit am Schlusse des vorigen Jahres beschloß eine im Oktober abgehaltene Versammlung, neben Forderungen an Staat und Kommune von den Unternehmern und sämtlichen Berufsangehörigen die Einhaltung der tariflich kürzesten Arbeitszeit zu fordern. Die Durchführung dieses Beschlusses ließ im allgemeinen zu wünschen übrig, namentlich dort, wo die Kollegen als einzelne am Bau einen Druck auf die Unternehmer ausüben nicht in der Lage waren. Um so mehr hätte man erwarten sollen, daß, wo mehrere Kollegen in Frage kamen, diese von ihrer Stärke Gebrauch gemacht hätten, um die im Interesse der Arbeitslosen gefassten Beschlüsse durchzusetzen. Leider war dies nicht immer der Fall. Ein solcher Fall beschäftigte eine am 18. Januar abgehaltene Versammlung, in welcher das Verhalten einiger bei Gaemden an der Bibliothek beschäftigten Kollegen einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Hier hatten die Betroffenen auf Wunsch der Firma zwei Schichten à 12 Stunden (wovon zwei Stunden Pausen) eingerichtet mit der Begründung, daß dies Schichtarbeit (wie sie der Vorstand auf Grund des im Interesse der Arbeitslosen gefassten Beschlusses forderte) technisch undurchführbar seien. (Es handelt sich um das Verleihen von 15 bis 18 Meter langen, kunstfein-Wälzungssteinen.) Die Versammlung trat der Meinung des Vorstands bei und verteilte nicht nur die lange Arbeitszeit, sondern noch mehr die Eigenmächtigkeit, mit welcher sich die Kollegen über gefasste Beschlüsse hinwegsetzten. Als Urheber und Förderer der Unbilligkeit wurden die Kollegen Andreas Arenz, Emil Dreiling, Karl Kleinert, Adam Kolz und Robert Schäfer angesehen und beschloß, diesen eine im „Steinarbeiter“ zu veröffentliche Klage zu erteilen, was hierdurch geschieht.

Die Ortsverwaltung.

Wendha-Grümm. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthause zur Reichskrone in Wendha statt. Dieselbe war gut besucht. Den Vorsitz übernahm der Kassierer, welcher den Mitgliedern gedruckt vorlag, erläuterte Kollege Schlegel. Seit der Verschmelzung mit Grümm ist das erste volle Geschäftsjahr beendet. Es kann wohl gesagt werden, daß die Agitationsarbeit von Erfolg gekrönt gewesen sei, denn die Mitgliederzahl sei von 805 am 31. Dezember 1912 auf 1002 am 31. Dezember 1913 gestiegen. Diese Zunahme sei Beweis genug, daß im hiesigen Bezirk noch genügend Arbeit vorhanden sei. Die Kollegen müßten der Bezirksleitung mehr Hilfsbereitschaft zur Seite stehen. Die Arbeit sei leicht, wenn sich alle daran beteiligten; sie sei aber fruchtlos, wenn sie nur einigen überlassen würde. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Der Kassierenbericht vom Jahre 1913 weist eine Gesamtsumme von 31 674,17 Mark und eine Gesamtanzahl von 29 252,04 Mark auf. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 5422,13 Mark. Von dem Kassenbestand sind auf der Sparkasse 5289,06 Mark angelegt, in bar waren am Jahresabschluss 188,07 Mark vorhanden. Die Revisoren berichteten, daß sie Bilanz, Kasse und Belege geprüft und dieselben mit den im Jahresbericht angegebenen Zahlen übereinstimmend gefunden haben. Sie beantragten, den Kassierer zu entlasten, was einstimmig geschah. In die Verwaltung wurden die Kollegen Schlegel, Lindner, Konrad Wehler, Nebel, Wolf und Höfer gewählt, in die Revisionskommission die Kollegen Gustav Otto May, Adler, Joseph Kavli, Arno Keilich und Adolf Keilich. In seinem Schlusswort ersucht Kollege Schlegel, die Mitglieder möchten auch im laufenden Jahre der Bezirksleitung hilfsbereit zur Seite stehen.

Breslau. Am 18. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Reinhold Kunde durch Erheben von den Vätern geehrt. Die Abrechnung verlas der zweite Vorsitzende, Kollege Gramotta, in Abwesenheit des Kassierers, der zurzeit auswärts arbeitet. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. — Gewählt wurden: Zum ersten Vorsitzenden Kollege S. Bil, zum zweiten Vorsitzenden Kollege Gramotta, zum Kassierer Kollege R. Nidel und zum Schriftführer Kollege R. Vogt. — Im Berichteten kam das Bezirkskassiersystem zur Sprache. Angeregt wurde, die Mitgliedsbeiträge und Abrechnungen dem Kassierer zu übermitteln zwecks übersichtlicher Einteilung in Bezirke. Ein Antrag, auf die Plätze Einladungen in den Versammlungen zu schicken, wurde abgelehnt, da die Bekanntmachung in der „Vollst. wacht“ als genügend betrachtet wurde.

Duisburg. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Erst verlas der Kassierer den Kassenbericht. Es wurde hierauf Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Wilhelm Schwarz. Da unser langjähriger Kassierer wegen Ueberbürdung sein Amt niederlegte, wurde Kollege Wüchner als Kassierer gewählt. Kollege Schmüges und Kollege Wäber wurden als Revisoren gewählt. Im Punkt Verschiedenes tadelte der Vorsitzende, daß die Revisoren ihr Amt viel zu leicht nehmen, so daß sogar die Abrechnung, ohne von den Revisoren geprüft und unterzeichnet zu sein, eingeschickt werden würde. Auch fällt es manchen Kollegen immer noch so schwer, den Weg nach dem Versammlungsort zu finden. Offenbar werden sie im neuen Jahre die Ver-

sammlungen desto fleißiger besuchen. Die Zahl der organisierten Kollegen beträgt 20; immerhin ein Reiz, daß die Zahlstelle im vergangenen Jahre an Mitgliedern zugenommen hat.

Greifswald. Am 18. Januar tagte unsere Jahresversammlung. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Die Zahlstelle hat sich erfreulicherweise gut gehalten. Es hat uns viel Arbeit gekostet, um auch hier in Greifswald endlich einen guten, annehmbaren Tarif mit der Firma S. Jagdmann auf drei Jahre abzuschließen. Dieses hat den Kollegen wieder mehr Mut und Lust zur Agitationsarbeit gebracht. Sehr traurig steht es aber noch ans bei der Firma Schilling, wo die Kollegen noch immer nicht zu bewegen sind, dem Verbands beizutreten. Und so wurde beschlossen, demnächst eine öffentliche Steinarbeiterversammlung stattfinden zu lassen, um auch diese Kollegen dem Verbands zuführen zu können. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Mischke, als Kassierer Rembe, als Schriftführer Zahow und als Revisoren Schirmelster und Willmann. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, eine Platzkarte einzuführen. Aus dieser erhält jeder durchreisende Kollege 50 Pfg. Platzgeld und zu Weihnachten ein Geschenk von einer Karte.

Johann. Am 11. Januar fand im Verbandslokal unsere Generalversammlung statt. Die Kollegen waren vollständig erschienen. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1913, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dann gab der Vorsitzende einen Rückblick über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und über unsern Verband im besonderen. Wierergewählt wurden: als 1. Vorsitzender Joseph Herrmann, als Kassierer Gg. Gulein, als Revisor Jakob Schüll. Dann wurde beschlossen, dem Arbeitersekretariat Witzsburg 10 Mark als freiwilligen Beitrag abzuliefern. Es wurden dann noch einige drückende Wünsche und Anträge erledigt. Zum Schluss ermähnte der Vorsitzende die neuen Ausschussmitglieder sowie sämtliche Kollegen an ihre Pflichten.

Kappelrodek. Am 18. Januar fand im Gasthof zum Neßhof unsere zum beschloßene Generalversammlung statt. Das es im vergangenen Jahre an Agitation nicht gefehlt hat, beweisen die 166 Stück verkauften Eintrittsmarken. Es dürfte vielleicht einzig in Deutschland dastehen, daß bei einem so hohen Umsatz von Eintrittsmarken am Jahresabschluss nur ungefähr 140 Mitglieder anwesend sind. Aber das kommt daher, daß im Herbst die Italiener nach Hause fahren. Im Frühjahr kommen wieder neue Arbeitskräfte, welche dann ebenfalls dem Verbands beitreten. Dadurch ist hier ein so großer Wechsel. Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der Mitglieder zur Tarifkommission wurde den einzelnen Plätzen überlassen. Ursprünglich wurde die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Erwerbshilfsunterstützung nicht kritisiert. Als Granitarbeiter sind wir heute mit den annähernd 22 000 Mitgliedern für diese Unterstützung. Nur mit der Regelung der einzelnen Unterstützungszweige konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären. Als Delegierter zur Gaunkonferenz wurde Kollege Stecher gewählt. Ein großer Mibstand ist es, daß einzelne Kollegen sich immer noch nicht verpflichtet fühlen, bei der Arbeit ihr Kost- und Schlafgeld zu bezahlen. Es wird durch diese Taktlosigkeit das Ansehen des Verbandes sehr geschädigt. Gegen diese Leute, welche aus so frommen Gedanken kommen, gehen wir in Zukunft anders vor.

Königsberg. Am 18. d. M. fand unsere Generalversammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls schloß der Vorsitzende die einzelnen Vorträge des vergangenen Jahres. Reuber führte ferner an, daß er gerne ein Referat hätte halten lassen, die Versammlungen wären aber leider dauernd nur mäßig besucht gewesen. Dann wurde der bisherige Vorsitzende als solcher wieder- und als zweiter Vorsitzender Scheller gewählt, der auch an den Kartellierungen teilzunehmen hat. Zum Kassierer wurde Kollege Witten gewählt. Zum dritten Punkt verlas der Vorsitzende einen Brief vom Kartellvorstand, betreffend Maßnahmen bezüglich der Kollegen. Von letzterem war in Kurzschrift gedruckt, den durchreisenden Kollegen beim Gastwirt Kapfles, Königsstraße, Logis, und Kaffee zu verabreichen. Dies ergab eine scharfe Kritik seitens einiger Kollegen, die der Meinung waren, es müsse so viel Gelegenheiten für neuerbauten Gewerkschaftshaus vorgezogen sein, daß durchreisende Kollegen dort Unterkunft gewährt werden könnte. — Hierauf wurde noch ein Antrag angenommen, den zureisenden Kollegen, die am Orte keine Arbeit bekommen können, mindestens eine Mark aus der Kasse zu gewähren. — Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Königsbrück. Am 11. Januar tagte im hiesigen Schützenhause unsere Generalversammlung. Dieselbe war gut besucht. Kollege Gühr erstattete den Kassenbericht. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 1913 hatten wir 221. Die Zunahme im vergangenen Jahre beträgt 95. Ein Zeichen, daß die Zahlstelle gut gearbeitet hat. Dem Kassierer wurde für seine gute Führung der Kasse und Bilanz der Dank ausgesprochen. Die hieran anschließende Neuwahl ergab die Wahl der alten Verwaltung mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, eines Revisors und vier Kartelldelegierten. Im Punkt Tarifangelegenheiten kamen die Angelegenheiten der Unternehmer im Demminer Gebiet zur Verlesung; die sich anschließende Debatte war eine sehr rege. Hauptgegenstand wurde die Schmelzschäre besprochen. Dann wurde das Verhalten des Steinbruchbesizers Biesold zur Sprache gebracht. Der Sachverhalt ist folgender: Die Unternehmerorganisation beschwerte sich bei unserm Zentralvorstand, daß über den Biesoldischen Betrieb von uns unehrenhaftweise die Sperre verhängt wurde. Kollege Mittag, welcher der Schwiegersohn von Biesold ist, hätte Feierabend erhalten, angeblich, weil er immer mehr Steine verrecknet und bezahlt erhalten hat als er gemacht hatte. Darauf hätten die übrigen acht Mann ebenfalls die Arbeit niedergelegt, ohne die Bindungsfrist einzuhalten. Während dieser Zeit wollten mehrere Kollegen bei Biesold anfangen, wären aber von uns, vielmehr von den Kollegen aus den Nachbarbetrieben herausgeholt worden. Auch soll Biesold von Seiten der Organisation der Vor-schlag gemacht worden sein, der Organisation den Bruch zu ver-pflichten, damit dieselbe bei Streiks die Leute dort unterbringen könnte. Wir kommen auf diese Angelegenheit zurück, da Biesold immer noch behauptet, sein Betrieb wäre gesperrt gewesen. Dabei haben wir folgendes anzustellen. Was Biesold behauptet, ist völlig unwahr. Der Kollege Mittag kam anlässlich eines Besuchs bei Biesold mit demselben in Differenzen, auf Grund dessen machte er am andern Tage Feierabend, die übrigen vier Kollegen nicht acht, wie angegeben) machten ebenfalls Feierabend, nicht aber wegen der Angelegenheit Mittag, sondern weil sie ständig unter Stein-mangel zu leiden hatten, also nichts verdienen konnten, und aus einer Aussicht auf besseren Verdienst nicht vorhanden war. Weiter ist es gänzlich unwahr, daß Biesold sein Betrieb gesperrt war oder daß ihm von unserer Seite Deute herausgeholt worden wären. Unwahr ist, daß die Organisation seinen Bruch pachten wollte; im Gegenteil, es wurden zureisende Kollegen zu Biesold geschickt, weil dort Deute eingestellt wurden. Daß dieselben nicht anfangen haben oder wieder ihre Wege gingen, lag eben in den Verhältnissen im Biesoldischen Bruch.

Die Ortsverwaltung.

Mainz. Im Goldenen Pfingl tagte am 18. Januar unsere Generalversammlung, welche von 31 Kollegen besucht war. Nach Verlesung des Protokolls gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Jahr, welches man im großen ganzen nicht zu den schlimmsten rechnen dürfte. Sodann gab der Kassierer die Abrechnung bekannt; dieselbe wurde von den Revisoren eingehend geprüft und für richtig befunden. Darauf wurde dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand Decharge erteilt und dem Kassierer 20 Mark und dem Vorsitzenden 10 Mark für ihre Tätigkeit bewilligt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Jakob Schmidt, 2. Vorsitzender Heinrich Sobis, Kassierer Robert Loren, Schriftführer Job. Meier, Revisoren Karl Kora, Konrad Große, Beisitzer Adam Weg, J. Saumert. Dem Krankenkassenfonds wur-

den 10 Mark übermessen. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, dem Vorstande helfend zur Seite zu stehen und am Ausbau unserer Organisation tätig zu sein.

Mühlhausen i. Gf. Am 11. Januar fand unsere Jahres-Generalversammlung statt, die sehr stark besucht war. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt. Die Einnahmen im 4. Quartal 1913 betragen 940,55 Mark, die Ausgaben 692,19 Mark, so daß der Kassenbestand der Kasse 248,36 Mark beträgt. Die Einnahmen im Jahre 1913 betragen 2886,56 Mark, denen eine Ausgabe von 2838,74 Mark gegenübersteht. Das Jahr 1913 war für uns ein sehr bewegtes, denn wir hatten drei Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen, bei denen wir jedesmal einen Erfolg davon konnten. Im März legten 12 Mann bei der Firma Niesinger die Arbeit nieder wegen Maßregelung des Kollegen Droll. Nach dreitägiger Dauer war diese Maßregelung abgewehrt. Im August legten 21 Mann bei der Firma Nisch wegen Tarifdifferenzen die Arbeit nieder. Nach einwöchiger Dauer wurde dieser Streik durch die Schlichtungskommission wieder beigelegt. Im November brach bei der Firma Nisch wiederum ein Streik wegen Tarifdifferenzen aus, der erst nach fünfwöchiger Dauer durch ein Einigungsamt unter dem Vorsitz des Bürgermeisters beigelegt wurde. Durch fortwährende Differenzen machten sich 30 Vorstandstätigkeiten und 28 Versammlungen sowie 9 Sitzungen der Tarifschlichtungskommission notwendig. Der Kassen- und Geschäftsbericht wurde besätigig angenommen und die an der Spitze stehenden Funktionäre fast alle einstimmig wiedergewählt. Da wir in diesem Jahre vor einer Tarifverneuerung stehen, von der die Kollegen Vorteile erhoffen, lag von Seiten der Ortsverwaltung ein Antrag auf Schaffung eines Kampffonds resp. Erhöhung des Beitrags vor. Da auch das letzte Jahr durch die Konflikt unsere Kasse stark belastet wurde, machte sich ein solcher Schritt nötig, indem unsere Kasse im letzten Jahre zurücklag. In der Diskussion wurde betont, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Tarifbindung eventuell zum Kampfe führen könnte und wir ebenfalls lokale Mittel zur Verfügung haben müssen. Ein Antrag der Ortsverwaltung, unter den Umständen den Beitrag auf 80 Pfg. pro Woche ab 1. Januar zu erhöhen, wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Weiteres Stellungnahme zur Gaunkonferenz wurden die Kollegen Droll, Gunkel und Goller gewählt, welche einer nächsten Versammlung Vorschläge zu Anträgen unterbreiten sollen. Kollege Ohrel teilte der Versammlung mit, daß er bei ... nicht eingestellt worden sei, trotzdem er vom Arbeitsnachweis zweimal zugewiesen wurde; er betrachte dieses als Maßregelung. Von der Versammlung wurde dieses auch als solche angesehen, in Anbetracht des Winters jedoch beschloß, für den Kollegen Ohrel bei der Zentrale Maßregelungsunterstützung zu beantragen, von weiteren Schritten jedoch Abstand zu nehmen. Nachdem noch zugestimmt wurde, das Herzberglokal für Durchreisende zu dem Wirt Weingorn, Dornacher Straße 6, zu vergeben, wurde die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.

Ostfildern. Am 18. Januar fand im Lokal zur Rose unsere mäßig besuchte Generalversammlung statt. Nach allgemeinen Bekanntmachungen kam man auf die Unzulänglichkeiten des Kollegen Gant-Prassenhofen, welche vom Zentralvorstand und Verbandsauschuss abgelehnt worden ist, zu sprechen. Ueber die in Ostfildern hatgefundenen Vorstandstätigkeiten des gesamten Gebietes berichtete Kollege Kauter. Nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichts sowie des Kassenberichts wurde Decharge erteilt. Als Vorsitzender wurde Johann Kouze, als Kassierer H. Wögnner und als Schriftführer A. Joggig gewählt. Von Seiten der Ortsverwaltung wurde alles getan, um die Zahlstelle auf die Höhe der Zeit zu bringen, damit sie das wird, was sie sein soll. Den organisierten Kollegen steht noch eine Anzahl Unorganisierten gegenüber. Ehe wir mit den Unternehmern einen Kampf wagen können, müssen zuerst die Fernstehenden für uns gewonnen werden. Die Verhältnisse machen es einem jeden Kollegen zur Pflicht, für die Organisation tatkräftig einzutreten und die Versammlungen fleißig zu besuchen.

Nies. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung. Bücher und Kasse wurden in Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Neuwahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender Hermann Kuntz, 2. Vorsitzender D. Wiedemann, Kassierer D. Vollmayer, Schriftführer Panzer, Revisoren Schäfer und Galtshaus. Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, den Kollegen, welche den Vortragskursus besucht haben, den Eintrittspreis aus der Kasse zu vergüten. Eine lebhafteste Debatte entpand sich über die Kostenfrage bei Tarifabschlüssen. Die Kollegen sind der Meinung, da Tarifverträge nur mit Zustimmung des Zentralvorstandes abgeschlossen werden können, derselbe auch die Pflicht hat, die Kosten zu tragen. Man einigt sich schließlich dahin, die Aufhebung des Münchener Beschlusses zu fordern und einen diesbezüglichen Antrag dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten. Weiter wurde Kritik an einem Schreiben des Gauleiters. Für ihn scheint unsere Zahlstelle Rentefrage zu sein. Uns in der Agitation zu unterstützen, hält er nicht für notwendig. Dadurch verlieren aber auch die Kollegen die Lust zur Arbeit. (Den Nieser Kollegen dürfte aber bekannt sein, daß zurzeit der Gauleiter sehr viel Lohnbewegungen durchzuführen hat. Der gemachte Vorwurf ist deshalb völlig unberechtigt. Die Redaktion.)

Notenbauer. Am 11. Januar tagte in der Trunkischen Gastwirtschaft unsere Generalversammlung. Kollege Schwab verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft, und für richtig erklärt wurde. Alsdann wurde zur Neuwahl übergegangen. Zum 1. Vorsitzenden wurde wiedergewählt Kollege Schmitt, zum Kassierer Kollege Ott. Es wurde dann der nächste Besuch der Versammlungen besprochen, indem immer nur ein und dieselber erschienen. Besonders die jungen Kollegen schwangen unsere Versammlungen. Der Vorsitzende verwies die Kollegen darauf, daß demjenigen, der von den zwölf Versammlungen des Jahres keine acht besucht, das örtliche Krankengeld entzogen wird. Ab 1. Februar wird ein Ersatzschlag von 5 Pfg. pro Woche erhoben.

Serbach (Schwarzwald). Am 18. Januar fand im Gasthaus zum Adler unsere Quartalsversammlung statt, welche gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauerte der Vorsitzende die vielen Mibstände, die noch in der Zahlstelle zu verzeichnen sind, und ermahnte die Kassierer, die Zäumigen auszuräumen. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1913, welche in bester Ordnung befunden wurde. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die alten Funktionäre einstimmig wiedergewählt. Zur Gaunkonferenz wurde Kollege Grindel gewählt. Ein Kollege mußte wegen rückständiger Beiträge schiedlich werden. Einige Kollegen sprachen noch über die Zäumigen, die Herr Ohrel wegen des Mismachens einbehalten hatte. Es wurde eine Kommission überhoben, sich mit Herrn Ohrel zu verständigen, um gerade in der letzten Jahreshälfte das Geld zu guten Zwecken verwenden zu können.

Zufeld (Baden). Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Küller verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig erklärt wurde. Dann wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Die alten Funktionäre wurden wiedergewählt. Die Versammlung war, wie üblich, höchst besucht, was allgemein kritisiert wurde. Ausgeben die Kollegen für Bedauern offen kund, daß gerade die letzten Jahre, die ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nicht so gut nachkommen.

Zweven. In der am 8. Januar hundertenden Generalversammlung referierte Gauleiter Rehn über die letzte vierwöchentliche Reise und deren Folgen. Rehn hatte den Kollegen in kurzer, verständlicher Weise klar gemacht, was die verschiedenen Faktoren ineinandergreifen. Der volle Gehalt am Ende des Quartals betrage, daß der Zweck vollkommener erreicht war. Dann erwähnte Kollege Kallstall den Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Darauf wurde der letzten Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes: Vorsitzender A.

Seber, Kassierer A. Kottlich, Schriftführer A. Reich, Revisoren P. Großkopf, Otto Erhardt und B. Germann. Unter Punkt Beschließenes kam zuerst der Fall B. Gerold zur Sprache und wurde beschließen, erst einmal Erkundigung beim Gewerkschaftssekretär einzuziehen, um dann die Sache in einer Sitzung zu regeln. Weiter wurde beschlossen, den Kollegen Hölzl nicht mehr in den Verhandlungen aufzunehmen. Auch die Frage der Beitragsentrichtung wurde wieder angeprochen; leider mußte immer wieder Klage geführt werden über sehr große Vernachlässigung in diesem sehr wichtigen Punkte.

Werkst. In der am 17. Januar stattgefundenen Zusammenkunft der organisierten Kollegen wurde unter anderem auch zu der Vorlage des Vorstandes bezüglich Einführung der Erwerbslosenunterstützung in unserm Verbande Stellung genommen. Gausleiter Hermann gab die Erläuterungen zur Einführung derselben. Die Aussprache ergab, daß die Kollegen mit der Beitragsentrichtung um 10 Pfg. einverstanden sind. Auch mit dem Wegfall der Erwerbslosenmarken können sie sich befassen. Nur sei zu prüfen, ob nicht doch eine Erhöhung der Gesamtsumme eintreten könnte. Dann sei es wünschenswert, wenn bei einem Unfälle vom ersten Tage an die Unterstützung — wie in der Krankenkasse — gezahlt würde. Ueber den zurzeit geringen Verdienst in dem Rarmor- und Granitwerk Osterbergr u. Neumann wurde lebhaft Klage geführt. Der Geschäftsführer ist sehr klar. Es ist keine Seltenheit, daß Kollegen mit 70 bis 80 Mark monatlich hinarbeitend nach Hause gehen. Offensichtlich besteht hier die Geschäftsfrage. — Dann erfolgte eine eingehende Aussprache über die weiter vorzunehmende Agitation. Soffentlich gelang es in diesem Jahre im Jahntale, erneut dem Verbande Mitglieder zuzuführen. Der Geschäftsführer berichtete dann noch über die Ergebnisse der Agitation in Oberhausen und im Magener Bezirk, was mit Befriedigung begrüßt wurde.

Rundschau.

Zur Aussperrung der Rarmorarbeiter in Carrara (Italien). Der Höhepunkt der Bewegung wurde letzter Tage erreicht und allgemein trug man den Gedanken, daß nunmehr eine Einigung zustande trug man den Gedanken, daß nunmehr eine Einigung zustande kommen dürfte. Auch im Unternehmerrlager war die gleiche Ansicht vorhanden. Da aber kam die Polizei. Diese wollte unter allen Umständen eine Niederlage der Rarmorarbeiter verhindern. Weil aber Nachmittags, um stündlich einzugreifen, nicht vorlag, wurden eben andere Mittel ergriffen. Gerade in dem Moment, wo eine Einigung der Parteien direkt vor der Tür stand, explodierte innerhalb der Polizeistation, an einem Orte, wo es unmöglich gewesen wäre, von außen hinzukommen, eine Bombe. Natürlich verlegte diese niemand, nur ein paar Fenster gingen aus den Fenstern. Der Tag die Bombe los. Zuerst wurden alle diejenigen Kollegen verhaftet, welche an der Leitung der Bewegung tätig waren und sich auf der Arbeitskammer befanden, dann ging man zu den Stationen, wo die Parteien abgesetzt wurden, und verhaftete, was verdächtig vorkam. Auf der Station Avenza scheint die Polizei sogar etwas allzu eifrig gewesen zu sein, denn sie griff zu dem Manöver der Verhaftungen schon einige Stunden, bevor die Bombe platzte. Durch diese Machinationen glaubte die Behörde die Bewegung ersticken zu können und den Rarmorarbeitern einen Liebesdienst zu erweisen; sie hat sich getäuscht. Denn jetzt erst setzte eine ernste Agitation in Carrara und all den umliegenden Orten ein. Ueberall spricht man davon, die Arbeit in allen Steinbrüchen einzustellen, und überall wird diesem Gedanken mit Enthusiasmus begegnet. Die nächsten Tage werden nun zeigen, ob entweder die Verhafteten freigelassen werden, andernfalls aber wird der Generalstreik unvermeidlich ausbrechen.

Ausnahmetarif für Steine. Mit Gültigkeit ab 1. Februar 1914 werden die Stationen Senken und Walderdshof (Bayern) in den Ausnahmetarif 3a (Steine) einbezogen. — Auf den genannten Stationen werden sehr viele Straßenbaumaterialien verladen.

Flotter Geschäftsgang herrschte nach den Berichten der Unternehmer im Vorjahre im Ragnauer Steinbruchgebiet. Die Arbeitergehälter lagen, daß viele Arbeiter abgewandert sind. Diese Erscheinung sei auf die „Reise“ der einzelnen Organisationen zurückzuführen — meinen die Arbeitgeber. — Umwandlungen sind erfolgt, weil die Kollegen anderwärts lohnendere Arbeit gefunden haben. Ueberdies herrscht in Ragnau eine recht rückständige Betriebsweise, so daß es besonders schwer fällt, von auswärtigen Arbeiter heranzuziehen zu können.

Verdingungsergebnis. Städtisches Hochbauamt Essen (Ruhr). Herstellung der Plattenarbeiten im Neubau der Volksschule in der Kolonie der Gewerkschaft „Gottfried-Wilhelm“ zu Essen-Kellinghausen. Die Ausschreibung umfaßt circa 500 Quadratmeter Fußbodenbelag aus Porzellanplatten, circa 70 Quadratmeter Wandbekleidung aus Porzellanplatten, circa 150 Meter Zinkblech aus helgischem Granit. Es forderten: Karl Jaminet, Essen-Mittelnstraße, 424,55 Mark; Wilhelm Quenell, Essen, 4951,30 Mark; Gustav Fabmann, Essen, 4633,05 Mark; Ludwig Fene, Essen, 4841,75 Mark; Glabbe, Essen, 4551,55 Mark; Pirchner u. Pirchhoff, Essen-Mittelnstraße, 4928,50 Mark; Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft, Deim. Lange u. Co., Essen-Deim., 4958,50 Mark; A. Wagemann u. Sohn, Essen, 5552 Mark; Gerhard Biermann, Essen-Deim., 5497,27 Mark; Wilhelm Walter, Essen, 5613,20 Mark. — Die Differenz ist nun gerade groß genug.

Die Produktionsgenossenschaft der Steinseher in Turin. Am 20. April 1900 haben die Mitarbeiter in Turin (Italien) die Genossenschaft ins Leben gerufen. Wenn auch anfangs seitens der Unternehmer der Genossenschaft das denkbar Mögliche in den Weg gelegt wurde, so konnte deren Existenz doch nicht mehr unterquaden werden. Solle fünf Jahre wahrte die dann herinausgehende Geschäftskrisis, welche den Genossenschaftlern schwer zu schaffen machte. Doch waren diese tüchtige, überzeugte Kollegen an der Spitze, die sich durch nichts einschüchtern ließen, und Ende 1906 hatte diese ihre solide und zukunftsträchtige Basis wieder hergestellt. Jetzt konnte die Stadterhaltung mit ihren Arbeitsvergebungen diese Genossenschaft nicht mehr umgehen, sie war gezwungen, diese ebenfalls mit Aufträgen zu versehen. Aus folgenden Zahlen ist nun am besten ersichtlich, wie sich die Produktionsgenossenschaft entwickelt hat:

Jahrgang	Mitglieder	Wert der ausgeführten Arbeiten für die Stadt	für Private
1906	45	45 000	4 547
1907	46	175 000	17 753
1908	45	150 000	17 607
1909	50	129 565	29 000
1910	49	135 254	34 000
1911	63	218 265	18 000
1912	59	377 145	40 000

Im vorletzten Jahre hat sich die Genossenschaft ein eigenes Heim beschaffen. Die Arbeit nun wurde in einem der größten Geschäftsbetriebe in Turin und hat die beste Zukunft vor sich. Die ausgeführten Arbeiten haben die Behörden und Private sehr befriedigend eingeschätzt. Der Leiter der Genossenschaft ist Angehöriger der Sozialdemokratie. Das eine Länge von 60 Meter hat, befinden sich noch Sandsteine und Schiefer, eigene Werkstätten für Schmiede und Dreher, die für die Reparaturen der Steinbrüche und anderes herangezogen sind. Demnach die Stellung für 40 eigene Werke. Dann befinden sich in diesem Gebäude auch die Bureau der Ragnauer, Holz- und Ragnauer-Genossenschaft von Turin. Der letzte Abschluß stellt ein Vermögen von 2 Millionen Lire.

Im Verlaufe der letzten Jahre diese Genossenschaft hinsichtlich der Arbeit mit eigenen Mitteln, daß die Genossenschaft ihre Fortentwicklung ist.

Neues Reklamier. In der Nähe von Rüdowbrunn auf dem Gelände des Gemeindevorsteher's Sohn in Pöggewo (Kr. Jägers) ist

ein großes Kalklager aufgedeckt worden. Nach Feststellungen des Direktors der Landwirtschaftlichen Winterschule zu Pöggewo enthält das Lager einen vorzüglichsten feinsten 85prozentigen Düngerkalk. — Es ist beabsichtigt, baldigst einen Steinbruch anzulegen.

Gelogen muß sein. Die „Keramikerin“ bringt über das Buch, welches A. Wiedrecht über die Vorgehensweise in der Keramikerindustrie geschrieben hat, einen kleinen Auszug. Anschließend daran bemerkt das Zentralgewerkschaftsblatt:

Müßten auch die nachgebenden Kreise des Bundesrats nicht mehr länger vor diesen Tatsachen ihre Augen verschließen und endlich „unserm alten Pöggewo“ entsprechend die Lungenkrankheit als Berufskrankheit für die Steinarbeiter im Sinne des § 547 der Reichsversicherungsordnung anerkennen.

Selten haben wir gefunden, daß die Wahrheit so auf den Kopf gestellt wurde, als wie in diesem Falle. Im Keramarbeiterverband hat früher niemand an diese Forderung gedacht; der Steinarbeiterverband hat schon praktisch dahin gestrebt, daß die Berufskrankheit im Sinne der Unfallversicherungsgesetzgebung anerkannt werden soll.

Katholische Moral. Das Organ der katholischen Fachabteilungen vom 18. Januar schreibt unter dem Titel:

Der Hauptführer der hiesigen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Hermann Trilje, ist in Ebing nach kurzer Krankheit am 9. Januar gestorben. Sein letztes öffentliches Wirken war die Herausgabe eines Flugblatts und ein Referat gegen den katholischen Arbeitersekretär Nitsch, um dessen Wiederwahl als Stadtverordneten zu verhindern. Am Tage, als die erste Stadtverordnetenversammlung stattfand und Nitsch von den circa zwanzig wiedergewählten Stadtverordneten als erster auf sein Amt verpflichtet wurde, lag Trilje im Todeskampf; und kaum war diese Sitzung zu Ende, da stand er vor seinem ewigen Richter. Der Verstorbene war ein katholischer Schiefer, hatte aber längst mit Wort und Tat die Kirche völlig geworfen.

Wenn man fromme fanatisierte Katholiken fragen wird, was mit dieser Notiz gemeint ist, so wird man etwa von der „göttlichen Vorsehung“ und von dem „ächtlichen Strafgericht“, das Trilje getroffen hat, zu hören bekommen. Der Erwählte der katholischen Fachabteilung steigt zum Ruhm empor, der Sozialdemokrat windet sich indes in Todesangst. Warum hat er auch als katholischer Schiefer mit seiner Kirche gebrochen und warum gegen den katholischen Gegenkandidaten Nitsch Flugblätter geschrieben? Hätte er es nicht getan, lebte er heute noch. So werden gewiß viele Leser des Organs der Fachabteilungen denken. Katholische Moral!

Eine Verächtlichung. Das „Bunzlauer Stadtblatt“ ist unsern Kollegen nicht grün. Wenn im Steinbruchgebiet Mt-Barthau-Bunzlau unsere Kollegen nicht nach der Pfeife der Unternehmer tanzen, dann will dieses Blatt unsern Kollegen gegenüber als Vermund aufreten. In dem genannten Blatte lesen wir:

Im Gegensatz zu der Sandsteinindustrie des Kreises, die vielfach sehr geringe Beschäftigung zu verzeichnen hat, leidet die Kalkindustrie fortwährend unter Arbeitermangel. So sucht das Kalkwerk Großhartmannsmerk, das 1906 erbaut wurde und heute bis zu 250 Leute beschäftigt, andauernd Arbeiter. Den zahlreichsten beschäftigungslosen Steinmeßern wäre also, da die Kalkwerke das ganze Jahr hindurch arbeiten, genügende Gelegenheit geboten, daneben den Erwerb zu finden. Sie benutzen aber die ihnen dargebotene Arbeitsgelegenheit nicht, sondern halten an ihrem Beruf fest. Vieher streifen sie wochenlang und tun nichts, oder verzichten, infolge des Brachliegens der Barthauer Sandsteinindustrie, als daß sie zu einem Kalkwerk gehen. Die Lohnverhältnisse in den letztgenannten Fabriken sind bekanntlich recht gut.

Bemerkte sei, daß in den Kalkwerken sehr niedrige Löhne bezahlt werden. Wenn Steinmeßer kommen, so stellt man diese ungern ein. Wer sich erlaubt, vom Rechte der Organisation Gebrauch zu machen, der kann sich schnellstens aus dem Betriebe trollen. — Der Arbeiterorganisation steht man in Großhartmannsdorf direkt feindselig gegenüber. — Der Hinweis, daß unsere Kollegen in der Sandsteinindustrie sehr gern streiken und lieber faulenzeln als in ein Kalkwerk gehen, ist eine große Verleumdung. Gewiß, wenn sich unsere Kollegen im Kalkwerk nach allen Regeln der Kunst wirtschaftlich auszuüben ließen, dann würde das Bunzlauer Stadtblatt eine so infame Glossierung nicht bringen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in einem Steinbruch bei Winterhausen (Unterfranken). Dem 32jährigen Steinbrecher Johann Weibel von Eibelstadt wurde von einem abstürzenden Stein ein Fuß abgeschlagen. Der Schwerverletzte wurde nach Würzburg ins Juliuspital verbracht.

Allgemeine Bekannmachungen.

Breslau. Der Steinmeß Richard Mattner aus Groß-Krosse bei Weidenau (Ostpreußen-Schlesien) möchte seine Adresse an mich gelangen lassen. S. Hill, Frauenbierstraße 109, I.

WERBUNG Anzeigen

Zahlstelle Bautzen.

Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 2 Uhr
Generalversammlung
in Büttner's Restaurant.

Tagesordnung: 1. Referat. Thema: Das Tarifwesen in der Steinindustrie. Referent: Alois Staudinger. — 2. Aussprache. — 3. Jahresbericht des Vorstandes. — 4. Neuwahlen. — 5. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend nötig.
Die Ortsverwaltung.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetts, Leder- und Drahtstiefeln in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtiger Maschinenschlosser

der möglichst in der Steinindustrie tätig war und Diamantfägebatter zu behandeln versteht, für sofort gesucht. Gefällige Offerten unter H. 10 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Poliseur

auf Wunschfall, der auch gute Steinmeßer event. Dreherarbeiten ausführen kann, bei zurücknehmenden Leistungen auf dauernd gesucht. Offerten unter Nr. 145 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtige Steinmeßen und Werkzeugschmied

auf schwarz-schwebeligen Granit, können sofort eintreten.
Granitwerke Bernalder Mühle
Post Pöggewo (Bezirk Dresden).

Kamenz. Der Kollege Franz Fell, geb. am 24. Januar 1806 in Krompenau, ist von hier abgereist, ohne sich abzumelden; außerdem ist er seinen Privatverpflichtungen nicht nachgekommen. — Der Kollege Joseph Damm, geboren in Brunenthal, ist ebenfalls abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, mir die Adressen der Kollegen beizufügen. — Die zureisenden Kollegen werden ersucht, bevor sie um Arbeit anfragen, sich bei der Ortsverwaltung zu melden, da in einigen Betrieben Kollegen wegen Arbeitsmangel entlassen wurden.

Karlruhe. Die Reiseunterstützung wird in der Zentralherberge, Jähringer Straße 2, ausgezahlt, und zwar durch den Wirt selbst.

Leipzig. Der Steinbildhauer Joseph Müller, früher in Elmbeck, möchte sofort seine Adresse an die Redaktion des „Steinarbeiter“ gelangen lassen.

Leipzig. Die Invalidenrente von Otto Meyer, geboren am 20. September 1875 in Grund, ist gefunden worden. Dieselbe liegt im Verbandsbureau.
Paul Starke.

Saarbrücken. Der Steinmeß Albin Wölfel aus Selb möchte sofort seine Adresse einsenden.
Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Berned. Vorj.: Adam Wehner, Goldmühl Nr. 3.

Darmstadt. Vorj.: Joseph Stahl, Alexanderstraße 9, II. Kass.

Peter Schmidt, Wallonplatz 3.

Essen (Ruhr). Vorj.: Heinrich Emrich, Turmstraße 15, III.

Die Reiseunterstützung wird in der Herberge bei Heinrich Wagner, Beuthstraße, Ecke Luisenstraße, ausgezahlt.

Greifswald. Vorj.: Max Reint, Kaufwälder Straße 1900.

Greifswald. Vorj.: Herm. Michaelis, Lange Reihe 63. Kass.

Wilhelm Dembke, Grimmer Straße 64.

Hafenthal bei Steinach (S.-M.). Kass.: Otto Reisch III.

Hauzenberg. Kass.: Frh. Rinateber, Fürsting (Post Hauzenberg).

Kamenz. Vorj.: Georg Wagner, Hoyerwerbaer Straße 12.

Kass.: Emil Menschner, Wiese Nr. 42. — Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer ausgezahlt.

Rünigsberg. Vorj.: Konrad Jacob, Hinter-Rohgarten 3. Kass.

Franz Witted, Sternwartestraße 52, 6.

Wien. Vorj.: Karl Schmidt, Neue Breslauer Straße 28.

Kass.: Joseph Kleinmann, Blumenstraße 3.

Miltenberg. Vorj.: Joseph Ilbrich, Wallbörner Straße 106.

Mittelsteine. Vorj.: Herm. Wiedemann, Mittelsteine, Beilplatz Schilling. Kass.: Anton Pavlik, Mittelsteine, Werkplatz Nigg.

Neubau (Post Fichtelberg). Kass.: Joseph Brunner.

Osthausen (Oberamt Bralenheim, Würzburg). Vorj.: Johann König.

Osterode. Vorj.: Karl Bollmann, Schildstraße 27. Kass.

Karl Greve, Laßfeld bei Osterode, Nr. 42.

Niesau. Kass.: Otto Pollmayer, Nidrich bei Niesau, Nr. 24F.

Schmalldorf. Vorj.: Karl Sachs, Reiterstraße 10. Kass.: Karl Berger, Brotterode (Schl.), Johannstraße 1. — Die Reiseunterstützung wird nur in Brotterode durch den Kassierer ausgezahlt.

Strahburg (Elb.). Kass.: Emil Gewinner, Tränkgaße 5.

Sulzbürg. Vorj.: Ludwig Gremmelmaier, Hauptstraße. Kass.: Chr. Krüger, Friedriehstraße.

Worms. Vorj. u. Kass.: Gottfried Neumeister, Worms-Hofheim, Tafelgaße 8.

Verjammlungskalender.

General-Versammlung

Oppach: 1. Februar, nachmittags 2 Uhr, bei Wobst.

Briefkasten.

Schmie. Im Inserat war kein Lokal angegeben, die Zeit, wann die Verjammlung tagen soll, fehlte ebenfalls. Im übrigen sei bemerkt, daß wir die Reklamen nicht veröffentlichen. — **Bunzlau.** Etwa 230 000 M. — **Strehlen.** So schnell wohl kaum. Besten Gruß!

Wegen Raumengels mußten einige Berichte juristisch gestellt werden.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Steinbrucharbeiter

welche in der Bearbeitung von Plattensteinen geübt sind
heißt ein
Steinbruch des Rittergutes Hohenthurm bei Halle a. S.

Einige tüchtige Schleifer

für Hand und Maschine sofort gesucht.
Kögle & Maner, Granitwerk, Regensburg.

Tüchtiger, verlässiger
= und nüchtern = **Werkzeugschmied** sucht dauernde
Beschäftigung.
Eintritt kann sofort oder auch später erfolgen. Gefällige Offerten unter Sch. 25 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Junger verheirateter **Steinbruchschmied** sucht für sofort Stelle
beirateter Schmiedung. Am liebsten in ein
Granitbruch. Off. m. Lohnangabe unt. P. B. 6 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Dresden am 23. Januar der Sandsteinmeß Max

Jahold, 36 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Köln I am 23. Januar der Kollege Peter Serling,

28 Jahre alt, an einem Hirnenleiden.

In Metten am 20. Januar der Brecher Jakob Randler,

40 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Röhren am 18. Januar der Sandsteinmeß Jakob

Heinrich, 37 Jahre alt, an Lungenentzündung.

In Sunkebel am 21. Januar der Granitsteinmeß Karl

Krauß, 29 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Jwidau am 19. Januar der Sandsteinmeß Kurt Ent,

38 Jahre alt, an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.